



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

16. Sitzung (öffentlich)

11. Mai 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:03 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Eileen Woestmann (GRÜNE) (stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken! | 8 |
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628
- Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung am 15.11.2022)
- keine Wortbeiträge
- Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

2 Weiter aufholen in schwierigen Zeiten – Jugendverbandsarbeit stärken. 9

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/982

Ausschussprotokoll 18/132

– Wortbeiträge

3 Erschütternde Ergebnisse bei IQB-Bildungstrend. Die Landesregierung muss alles daransetzen, die Qualität der Bildung zugunsten der Bildungsgerechtigkeit zu heben. 16

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1365

Ausschussprotokoll 18/187 (Anhörung am 07.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/1365 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

4 Die Gesundheitsversorgung von Familien sicherstellen – Kuren für Familien, Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung in NRW retten! 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1686

Ausschussprotokoll 18/203 (Anhörung am 22.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/1686 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

5 No-Go-Area Internet? Sexualisierte Gewalt und Sexismus im Internet bekämpfen! 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1687

Ausschussprotokoll 18/200 (Anhörung am 17.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/1687 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

6 Chancengleichheit von Anfang an – Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3305

In Verbindung mit:

Zwischensprint nötig – Mehr Anstrengung im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3655

Stellungnahme 18/511
Stellungnahme 18/513
Stellungnahme 18/519
Stellungnahme 18/522 – Neudruck
Stellungnahme 18/523
Stellungnahme 18/526
Stellungnahme 18/527
Stellungnahme 18/529
Stellungnahme 18/533
Stellungnahme 18/536
Stellungnahme 18/539
Stellungnahme 18/546
Stellungnahme 18/547
Stellungnahme 18/551

– Wortbeiträge

- 7 Schaffung eines Landesbetroffenenrats und Landesbeauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte 40**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4023
- Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4231
- Wortbeiträge
- Die SPD-Fraktion beantragt eine Anhörung.
- 8 Vorstellung des Kinder- und Jugend-Förderplans 2023-2027: Kinder und Jugendliche bestimmen mit – jungen Menschen mehr Perspektiven geben 41**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/529
Vorlage 18/1199
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- Das Benehmen zur Vorlage 18/1199 ist hergestellt worden.
- 9 Vor verschlossenen Türen – Personalmangel und Kita-Schließungen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]) 50**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1227
- Wortbeiträge
- 10 Ene Mene, Muh und wo hilfst du? – Fortsetzung Kita-Helferprogramm (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]) 51**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1234
- Wortbeiträge

- 11 Ohne Moos nix los – Sachstand Kindertagespflegepersonen in NRW** **54**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1198
- Wortbeiträge
- 12 Verschiedenes** **55**
- a) **Verwaltungsvereinbarung über die Nutzung des von der L-Bank entwickelten Online-Antrags auf Elterngeld in Nordrhein-Westfalen** **55**
- Der Ausschuss erhebt keine Einwände gegen diese Verwaltungsvereinbarung.
- b) **Entwurf des Änderungsvertrages zum „Vertrag zur Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz – KiQuTG)“** **55**
- Der Ausschuss kommt überein, den Entwurf des Änderungsvertrages in einer zusätzlichen Sitzung in der kommenden Plenarwoche zu beraten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

merkt **stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann** an, TOP 1 „Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!“ – Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/628 – werde noch einmal geschoben.

1 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung am 15.11.2022)

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

2 Weiter aufholen in schwierigen Zeiten – Jugendverbandsarbeit stärken.

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/982

Ausschussprotokoll 18/132

(Überweisung des Antrages am 29.09.2022)

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann gibt an, heute erfolge die Auswertung des Gesprächs mit den Sachverständigen. Die abschließende Beratung und Abstimmung werde dann in der nächsten Sitzung am 10. August 2023 erfolgen.

Marcel Hafke (FDP) verweist auf das Gespräch mit den Sachverständigen, in dem viele Argumente genannt worden seien. Die Situation in den Jugendverbänden sei immer noch angespannt. Viele Kinder und Jugendliche benötigten Unterstützung. Auch der Ukrainekonflikt habe die Situation massiv verschärft, was das Thema Kostenstrukturen angehe. Die verschiedenen Wortmeldungen machten klar, dass es auch darum gehe, wie man die Arbeit vor Ort attraktiver gestalten könne.

In dem Antrag stehe, dass beispielsweise das kostenlose ÖPNV-Ticket mit der Jugendleiterkarte verbunden werden könne. Er bitte die Landesregierung, sich dazu zu äußern, wie man die Arbeit der Verbände attraktiver gestalten könne. Er wüsste gerne, ob es Überlegungen gebe, in diese Richtung vorzugehen. Es wäre ein vernünftiger Weg, so etwas zu machen. Man könnte das starke Signal aus der Debatte aufnehmen. Da ihm die parlamentarischen Spielregeln bekannt seien, wisse er, dass das nicht in diesem Antragsrahmen funktioniere, aber vielleicht in den nächsten Wochen und Monaten. Er würde sich freuen, wenn die Ministerin einmal ausführe, wie sie sich vorstelle, die Jugendverbandsarbeit zu stärken und die Situation für Kinder und Jugendliche so attraktiv zu machen, dass Hürden abgebaut und Kosten gesenkt würden.

Das zweite Thema, das er im Januar wahrgenommen habe, das in den Gesprächen immer noch eine Rolle spiele, seien die Energiekosten. Auch mit dem neuen Kinder- und Jugendförderplan, über den im Verlaufe der Sitzung noch diskutiert werde, sei das Thema immer noch nicht vom Tisch. Er fände es sehr hilfreich, wenn sich die regierungstragenden Fraktionen und auch die Ministerin dieser Problematik ernsthaft annehmen würden, weil viele vor Ort damit ernste Probleme hätten und man nach mittlerweile dreieinhalb bis vier Jahren Krisenmodus alles tun sollte, um die Arbeit vor Ort zu unterstützen.

Gut sei, dass mehr Geld für Jugendfreizeiten im Kinder- und Jugendförderplan eingestellt werden solle. Es gehöre dazu, gerade nach Corona dort mehr Ressourcen einzusetzen. Das sei mit Sicherheit eine vernünftige Entwicklung.

Es gebe ein Dauerthema, das mittlerweile mehrere Regierungskonstellationen und Legislaturperioden betreffe, nämlich das Thema Entbürokratisierung. Das Thema werde immer bedeutender. Es gehe auch da darum, die Verbandsarbeit zu stärken und das

Ehrenamt damit deutlich einfacher zu machen. In Zeiten, wo man immer erklären müsse, wo die Steuergelder hingingen, müsse man es so einfach gestalten, dass das vor Ort auch Menschen machen könnten, die sich nicht jeden Tag mit Haushaltswesen und Anträgen beschäftigten. Da könnte die Digitalisierung helfen, dass man da entsprechende Tools zur Verfügung stelle. Er werbe dafür, diesem Antrag in der nächsten Sitzung zuzustimmen, würde sich auch über den Diskurs freuen. Er bitte, dass die Ministerin zu den genannten Punkten Stellung nehme, weil er da eine übergeordnete Möglichkeit sehe, noch einmal einen Punkt zu setzen und die Arbeit der Jugendverbände zu stärken.

Tom Brüntrup (CDU) stimmt der Aussage zu, dass die Jugendlichen in der Coronazeit stark gelitten hätten und dass sie darüber hinaus weitere Unterstützung benötigten. Er denke, dass der jetzt vorliegende Kinder- und Jugendförderplan ein sehr gutes Beispiel dafür sei, dass genau das berücksichtigt werde. Die Forderungen des Antrags seien in der Konsequenz überwiegend überholt. Wie versprochen, seien im Kinder- und Jugendförderplan die psychischen Folgen nach Corona integriert worden. Die Mittel seien weiter dynamisiert worden, es gebe 7,5 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Herr Hafke habe die 4 Millionen Euro zur Unterstützung der Ferienfreizeiten angesprochen, die von der schwarz-grünen Koalition ermöglicht worden seien.

In dem Antrag würden darüber hinaus Projekte zwischen Schulen und der Jugendverbandsarbeit gefordert. Die Arbeit vor Ort werde insbesondere im ersten Förderbereich des Kinder- und Jugendförderplans mit den starken Strukturen abgebildet. Auch die Ergebnisse der Anhörung seien im jetzigen Handeln und im Förderplan abgebildet.

Die Gewaltschutzkonzepte, die in der Anhörung angesprochen worden seien, würden mit 22,7 Millionen Euro ausgestattet. Die zunehmend psychische Belastung werde im Förderbereich VI berücksichtigt, unter anderem in den Bewegungsangeboten, die zusätzlich geschaffen worden seien. Er halte fest, dass sich die Strukturen und auch die Ausstattung des Kinder- und Jugendförderplans bewährt hätten und sehr positiv seien.

Der Kinder- und Jugendförderplan, aber auch die Inhalte des Zukunftsvertrages, was die Beteiligung der Jugendlichen anbelange, seien gute Beispiele dafür, dass die Forderungen des FDP-Antrages bereits in das Regierungshandeln einflößen. In der Konsequenz sehe er darüber hinaus keine weiteren Notwendigkeiten, etwas vorzunehmen. Bezogen auf Energie und Entbürokratisierung – alle seien sich einig, dass das übergreifende Themen seien, die nicht nur die Jugendlichen betreffen – gelte es, übergreifend daran zu arbeiten.

Dagmar Hanses (GRÜNE) sieht es ähnlich, wie Kollege Brüntrup es beschrieben habe, dass der Antrag in Teilen überholt sei, in Teilen in dem jetzt vorliegenden, im gleich zu beratenden Kinder- und Jugendförderplan für die nächsten Jahre bereits berücksichtigt sei. Nach wie vor finde sie das Ansinnen der FDP durchsichtig, weil sich schon die Frage stelle, wie die Haltung der FDP vor der letzten Landtagswahl gewesen sei.

Herr Hafke habe angesprochen, dass es ein Anliegen sei, die Jugendverbandsarbeit attraktiver zu machen. Sie weise darauf hin, dass man beim Wirksamkeitsdialog mit

dem Landesjugendring beeindruckende Zahlen bekommen habe, nämlich dass sich mehr Jugendliche in Jugendverbänden engagierten, quasi gegen den demografischen Trend. Das sei eine unglaubliche Leistung der Jugendverbandsarbeit, die auch unter schwierigen Bedingungen hervorragend gelinge.

Sie denke, man brauche viele Instrumente, um die Jugendverbandsarbeit zu stärken. Da sei der Entwurf, der gleich diskutiert werde, eine hervorragende Grundlage. Ja, Corona sei eine besondere Krise für die jungen Menschen gewesen. Die Auswirkungen würden die Gesellschaft noch lange beschäftigen.

Ja, Mobilität sei ein wichtiger Baustein zur Teilhabe. Sie weise darauf hin: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Gerade beim Zugang zu günstigerem oder gar kostenlosem ÖPNV fehle ihr beim Antragsteller die Glaubwürdigkeit und Stringenz.

Christin Siebel (SPD) schickt voraus, ihre Fraktion sehe den Antrag nicht als überholt an, sondern im Gegenteil. Genau über die Punkte, die in dem Antrag stünden, müsse man besonders sprechen. Sie würde sogar noch weitergehen. Grundsätzlich stimme ihre Fraktion den Forderungen zu. Sie sei überrascht, wenn es jetzt heiße, dass der Kinder- und Jugendförderplan das alles abdecke. Sie denke, man werde unter TOP 8 noch einmal stärker in die Diskussion reingehen, auch wenn über den Punkt „Aufholen nach Corona“ und Fördermittel gesprochen werde. Sie sei sehr gespannt, wie die Meinung der Koalitionsfraktionen dazu sei. Generell könne ihre Fraktion mit diesem Antrag mitgehen.

Marcel Hafke (FDP) findet die Argumentation von den Grünen schon interessant. Er hätte sich schon gewünscht, wenn Punkte abgelehnt würden, dass man das auch inhaltlich begründe. Es tue ihm leid, dass der falsche Briefkopf über dem Antrag stehe. Es wäre aber zumindest ehrlich, das auch so zu sagen. Das wäre ein Fortschritt.

Er glaube nicht, dass es inhaltliche Differenzen gebe, und freue sich auf einen Antrag der grünen Fraktion, in dem gefordert werde, das Thema „Mobilität“ an die Juleica zu knüpfen. Es habe ja keine inhaltliche Ablehnung gegeben. Von daher könnte das ein Antrag fürs nächste Plenum werden. Man werde die Unterstützung der Freien Demokraten dafür bekommen.

Nun seien einige das erste Mal in der Runde dabei, Frau Hanses sei in der letzten Legislaturperiode auch nicht dabei gewesen. Die Freien Demokraten hätten mit der CDU zusammen in der letzten Legislatur im Bereich Kinder- und Jugendförderplan und Jugendverbandsarbeit einen großen Sprung nach vorne gemacht, was die finanzielle Ausstattung angehe. Die Dynamisierung sei festgeschrieben worden, wozu die Grünen in der vorhergehenden Legislaturperiode nicht in der Lage gewesen seien, obwohl es diese Forderung längst gegeben habe. Das hätten sie damals auch aufgreifen können.

Dieses Spiel könne man gerne immer spielen. Er sei bereit dazu, mache es auch gerne. Nun müsse er aber sagen, dass nach dreieinhalb Jahren Krise die Situation so sei, dass es, nachdem die ganze Republik, insbesondere die Kinder und Jugendlichen, gelitten hätten, darum gehe, nicht nur die Verbandsarbeit zu stärken, sondern den Rahmen für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Da sollte man alles unternehmen,

unabhängig von Parteigeplänkel. Das sollte doch in diesem Ausschuss im Vordergrund stehen.

Natürlich stehe im Kinder- und Jugendförderplan etwas zu Gesundheitskosten, mentalen Folgen nach Corona. Es würden knapp über 800.000 Euro eingestellt. Das sei in Ordnung, er wolle das nicht inhaltlich kritisieren. Er glaube nur, dass die Summe ein Tropfen auf den heißen Stein sei und eher Symbolcharakter habe. Das könne man machen. Er denke aber, das Thema sei so wichtig, dass man da andere Dimensionen ansetzen müsse. Das sei auch notwendig.

Alle wüssten, dass dieses Parlament eine Gesamtverantwortung habe, dass man verschiedenste Maßnahmen in der Coronapandemie ergriffe habe, die Kinder und Jugendliche massiv belastet hätten. Deswegen sei seine Fraktion bereit, dafür deutlich mehr Ressourcen und Geld in die Hand zu nehmen und die Verbandsarbeit und andere Institutionen zu unterstützen, damit es letztendlich bei den Kindern und Jugendlichen ankomme.

Das habe auch etwas mit der Mobilitätsfrage zu tun. Jetzt habe man im Vergleich zu vorher mit dem Deutschlandticket eine großartige Chance, auf eine Struktur aufzusatteln, die für verhältnismäßig wenig Kosten den Kindern und Jugendlichen, die sich ehrenamtlich engagierten, einen kostenfreien ÖPNV ermögliche. Das könne man inhaltlich ablehnen, dann freue er sich über Argumente. Ansonsten sei das ein ernst gemeinter Vorstoß. Er fände es unglücklich, wenn man das mit dem Argument Glaubwürdigkeit abtue. Schließlich kenne man sich lange genug, dass man wisse, dass ihm diese Themen wichtig seien. Die Maßnahmen müssten immer realisierbar sein zu einem vernünftigen Zeitpunkt. Da gebe es jetzt mit dem Deutschlandticket einen Zeitpunkt, zu dem das organisierbar und finanzierbar werde. Man sollte darüber diskutieren. Es sei wichtig, diese Debatte aufzunehmen.

Auch wenn ihm klar sei, dass der Antrag nächstes Mal höchstwahrscheinlich abgelehnt werde, heiße das nicht, dass sich die regierungstragenden Fraktionen einfach mit dem zufriedengeben müssten, was jetzt im Kinder- und Jugendförderplan stehe. Sie hätten die Chance, darauf in den nächsten Monaten aufzusatteln.

Dagmar Hanses (GRÜNE) betont, was das Springen über Stöckchen angehe, so sollte es selbstverständlich das Interesse sein, dass die Kinder- und Jugendarbeit nicht zum fraktionspolitischen Gezänk werde. Es gebe einen großen Konsens, was die Wertschätzung und die Bedeutung angehe. Redlich wäre es schon, auch zu sagen, dass das Deutschlandticket in Berlin nicht vom Himmel gefallen sei, sondern dass es hart erkämpft worden sei und dass es da Koalitionspartner gebe, die da mehr, und manche, die da weniger für gekämpft hätten – und die, die die Ausstattung mehr oder weniger finanziell hätten unterfüttern wollen. Deshalb werde man in Berlin die Chance nutzen, dass man in Berlin eine andere Farbkonstellation habe als hier. Sie bitte, über den Inhalt zu sprechen.

Nun müsse man beachten, dass das Land angesichts der Herausforderungen durch die Coronapandemie und Putins Angriffskrieg auf die Ukraine wirtschaftlich in einer herausfordernden Situation sei. Es sei immer leicht, wenn die Opposition sage, man

solle dieses und jenes machen, das sei ihr gutes Recht. Vielleicht bleibe man an der Stelle weiter sachlich.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) stellt heraus, seit vielen Jahren sei es über die unterschiedlichen Legislaturperioden und Landesregierungen in ihrer Zusammenstellung hinweg immer das gemeinsame Interesse gewesen, die Jugendarbeit, die Jugendverbandsarbeit, insgesamt die Interessen von Kindern und Jugendlichen weiter voranzubringen. In dem Zusammenhang müsse sie deutlich sagen, dass es gut gewesen sei, dass in der letzten Legislaturperiode auch während der Zeiten der Pandemie die Förderung aller Maßnahmen in Kinder- und Jugendförderplan sichergestellt gewesen sei.

Das habe für ein hohes Maß an Planungssicherheit und Verlässlichkeit gesorgt; es habe dafür gesorgt, dass in der Jugendverbandsarbeit und insgesamt in der Jugendarbeit Angebote hätten aufrechterhalten werden können, auch Angebote hätten anders gedacht werden können, unabhängig davon, ob sie tatsächlich immer den gleichen Kostenanteil hätten wie ein Präsenzangebot. Es sei schnell und flexibel dabei gehandelt worden, auch andere Angebotsformate möglich zu machen. Sie stelle fest, dass das ein gutes jugendpolitisches Pfund Nordrhein-Westfalens gewesen sei, um sich als verlässlicher Partner von Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit darzustellen.

Trotzdem stelle sie fest, dass sich Kinder und Jugendliche, insbesondere in Zeiten der Pandemie, nicht immer ganz so gut von der Politik vertreten gesehen hätten, weil sie nämlich gesehen hätten – über die Studien habe der Ausschuss schon ausführlich diskutiert –, dass sie nicht beteiligt würden. Ihre Meinung sei angeblich nicht gefragt, die Lebensrealitäten würden eingeschränkt. Was das mit den Kindern und Jugendlichen mache, finde keine Berücksichtigung. Die Jugendlichen bemängelten, sie würden durch politische Entscheidungen nicht erreicht. Sie hätten das Gefühl, dass weder jemand zuhöre noch dass sich jemand die Mühe mache, das alles zu erklären und sich zu erklären.

Man sehe auch an anderen Stellen jenseits der Pandemie, dass junge Menschen eine klare Haltung dahingehend hätten, dass sie sich in die Gestaltung der Gesellschaft einbringen wollten. Sie glaube, das sei ein sehr gutes Zeichen, auch in Zeiten, in denen nicht zuletzt die Demokratie herausgefordert sei. Junge Menschen wollten sich einbringen für das Gemeinwesen, für die Demokratie, und sie würden sich solidarisch zeigen mit den unterschiedlichen kriseninduzierten Fragestellungen, die die Gesellschaft beschäftigen würden.

Es sei wichtig, dass man sich verabredet habe, die Kinder- und Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken. Es gebe Beteiligungsinstrumente. Es gebe verbandliche Strukturen, die die Kinder- und Jugendbeteiligung sehr verlässlich in die Landespolitik trügen. Aber man wolle in der partizipativen Erarbeitung eines Aktionsplan „Kinder- und Jugendbeteiligung“ dafür Sorge tragen, dass man die Instrumente schärfe. Noch wisse man nicht, welche Instrumente das am Ende alles sein würden, damit Kinder und Jugendliche tatsächlich in die Lage versetzt würden, ihre Interessen vertreten zu können, ihre Interessen einzubringen und einen gewissen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu haben. Das sei ihrer Meinung nach auch ein

Punkt, den man aus der Pandemie lernen müsse, auch ein Learning, das es ermögliche, die Demokratie weiterzuentwickeln, auch und gerade in Zeiten, in denen junge Menschen jeden Tag ins Aufgabenheft schreiben würden, was es für große Zukunftsaufgaben gebe. Die jungen Menschen, die am längsten entweder von den politischen Entwicklungen von heute profitieren würden oder unter ihnen leiden müssten, fragten sich, was sie dazu beitragen könnten.

Darüber hinaus sei es ihrer Meinung nach auch ein großes Pfund, mit dem man in Nordrhein-Westfalen wuchern könne, welches ehrenamtliche Engagement, aber auch hauptamtlich gestütztes Engagement es in der Vielfalt der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen gebe. Sie sei sehr froh, dass man das an den Schnittstellen der Zuständigkeit ihres Hauses habe, wenn es um die Frage von Mädchenarbeit gehe, wenn es um Migrant*innenorganisationen gehe, wenn es um queere Jugendarbeit gehe, wenn es auch darum gehe, dass Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen sich generell als plural, divers, rassismuskritisch und diversitätssensibel betrachte.

Das sei ein starkes Fundament der Gesellschaft und etwas, auf dem man aufbauen könnte, wenn man es weiter unterstütze. Gleich werde der Ausschuss auf den Kinder- und Jugendförderplan als eines der zentralen Instrumente zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit detaillierter eingehen. Natürlich sei Jugendpolitik, die Jugendarbeit, die Unterstützung junger Menschen auch eine Querschnittsaufgabe. Die Politik sei insgesamt gefordert, die Interessen junger Menschen mitzudenken. Deswegen habe man gesagt, man wolle prüfen, in welcher Art und Weise man auch Jugendcheckverfahren einführen könne, um die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf nachfolgende Generationen und junge Menschen mehr mit in den Blick zu nehmen. Das sei alles etwas, was man insgesamt weiterdenken könne, wenn man auch darüber spreche, welche Learnings man aus den Krisenzeiten der Vergangenheit mitnehme.

Eine abschließende Bemerkung: Wenn Herr Hafke schon sage, dass bei der Frage eines ÖPNV-Tickets, das schon lange diskutiert werde, die regierungstragenden Fraktionen und die Landesregierung die Freien Demokraten fest an ihrer Seite hätten, dann stelle sich ehrlicherweise schon die Frage, warum die Freien Demokraten dieses Vorhaben in ihrer eigenen Zuständigkeit in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen nicht mit der gleichen Verve vertreten hätten, wie Herr Hafke es jetzt tue.

Natürlich gebe es immer Gründe, warum man das nicht mache. Das könne politische Prioritätensetzung sein. Das könne damit zusammenhängen, dass man möglicherweise das Timing für schlecht gehalten habe. Das könne damit zusammenhängen, weil man sich möglicherweise nicht durchgesetzt habe. Zur Wahrheit gehöre aber, dass während der Zuständigkeit der FDP in der Hausspitze die gleichen Diskussionen geführt worden seien, das Engagement für eine Umsetzung überschaubar gewesen sei. Die Diskussion zur Unterstützung des Ehrenamtes – da habe Herr Hafke recht – könne und müsse man weiter führen.

Da gehe es nicht nur um die Frage der Mobilität; da gehe es auch um andere Fragen wie die Anrechenbarkeit von Studienleistungen, da gehe es um die Frage der Entbürokratisierung – in der letzten Legislatur sei auch überschaubar gewesen, was da passiert sei. Aber die Fragen seien trotzdem wichtig, die müsse man diskutieren. Sie hätte sich gewünscht, dass der Antrag an der einen oder anderen Stelle noch ein bisschen

breiter aufgestellt gewesen wäre. Sie könne aber festhalten, dass sich zeige, dass die demokratischen Akteure in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin, egal, in welcher Legislaturperiode und welche Regierungskonstellation, verlässliche Partner für die Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit seien. Sie finde, das sei eine wichtige und erfreuliche Kontinuität.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) meint, wenn so viel Geschichtsbewältigung an der Stelle stattfinde, insbesondere was die Mobilität von jungen Menschen angehe, dann müsse man auch sagen, dass es in der vergangenen Legislaturperiode eine Fraktion gewesen sei, die einen kostenfreien ÖPNV für junge Menschen unter 14 Jahren beantragt habe. Eine ganz große Koalition sei gegen diesen Antrag gewesen. Der Arm von Frau Ministerin sei damals bei dem Antrag auch nicht nach oben gegangen. Da offensichtlich ein extremes Umdenken auf allen Seiten stattfinde, bekomme man das ja vielleicht in dieser Legislaturperiode hin.

3 Erschütternde Ergebnisse bei IQB-Bildungstrend. Die Landesregierung muss alles daransetzen, die Qualität der Bildung zugunsten der Bildungsgerechtigkeit zu heben.

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1365

Ausschussprotokoll 18/187 (Anhörung am 07.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 04.11.2022)

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann merkt an, der Schulausschuss habe angekündigt, am 17. Mai 2023 seine Beratungen abschließen zu wollen.

Marcel Hafke (FDP) meint, der Ausschuss könne gerne dem Antrag zustimmen, damit der Schulausschuss entsprechend richtig votiere. Der Antrag stamme vom Oktober. In Teilen sei er mit Sicherheit überholt, deswegen sei er umso mehr zustimmungsfähig. Man könne Sachen, die schon passiert seien, noch einmal sicherheitshalber bekräftigen. Zum Inhalt: Es gehe darum, die Schulen in der jetzigen Situation zu unterstützen. Bei den Bildungsergebnissen sei NRW nicht da, wo man eigentlich sein sollte und müsste, damit Chancengerechtigkeit bei Kindern auch wirklich funktioniere. Lehrkräfte seien massiv belastet, zum Teil überfordert. Das müsse man mit Personal und einer guten Strategie ergänzen. Assistenzkräfte, Verwaltungskräfte, Alltagshelfer und andere müssten in die Schulen.

Nun sei das Thema „Bildungsgerechtigkeit“ und „Qualität der Bildung“ nicht isoliert zu betrachten. Wenn man über Bildung spreche, dürfe man sich nicht nur den schulischen Teil anschauen, sondern auch die frühkindliche Bildung und außerschulische Bildung. In dem Antrag seien einige Punkte aufgenommen worden, mit Sicherheit nicht abschließend. Das Thema „Sprach-Kitas“ brauche er hier nicht aufzuwärmen. Er glaube aber, dass man in Zukunft vermehrte Ressourcen in dieses Thema investieren müsse. Die Erzieherinnen und Erzieher würden zurückspeiegeln, dass die Situation in den Einrichtungen herausfordernder werde. Das Thema „Sprachförderung, Sprachunterstützung, das Erlernen von Sprache“ werde immer entscheidender. Er würde behaupten, dass man da definitiv mehr Anstrengungen unternehmen müsse.

Das zweite Thema, was man voranbringen müsse – er sei froh, dass die Landesregierung im Grundsatz diesen Weg weiter voranschreite –, sei das Thema „Familienzentren“, die man nicht nur in der Quantität ausbauen müsse. Da müsse man auch über die finanziellen Zuwendungen sprechen, damit die Arbeit dort stattfinde. Die Bedarfe würden größer. Die Lage bei den Eltern und bei Betroffenen sei so, dass sie mehr Unterstützung und Beratung benötigten. Deswegen sei es klug, hier ein politisches

Signal zu senden, dass man die Familienzentren quantitativ und qualitativ ausbauen wolle. Das Letzte gelte auch für die Alltagshelfer in Schulen sowie in Kitas. Dieser Punkt stehe nachher noch einmal auf der Tagesordnung. Es gebe da noch keinen Abschluss einer möglichen Verstetigung.

Mittlerweile sei es politischer Konsens, das Alltagshelferprogramm zu verstetigen. Es wäre in der jetzigen Situation bei den Kitas – die SPD habe das schon ein paar Mal thematisiert, seine Fraktion auch – wichtig, das ins Gesetz aufzunehmen, damit man nicht jedes Mal mit dem Finanzminister neu diskutieren müsse. Auch da habe man die Unterstützung der Freien Demokraten. Er glaube, dass der Antrag zustimmungsfähig sei. Er freue sich auf die Debatte.

Dennis Sonne (GRÜNE) führt aus, nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der IQB-Studie hätten die Koalitionsfraktionen zugesichert, intensiv zu schauen und zu begleiten, welche Stellschrauben an welchen Stellen nötig seien, damit die Schülerinnen und Schüler die für sie bestmögliche Bildung und Förderung in den Grundkompetenzen erhielten. Auch seine Fraktion hätten die Ergebnisse erschrocken. Und es liege ihr viel daran, schnellstmöglich zu handeln.

Im letzten Schulausschuss, am 26. April, habe Ministerin Feller die ersten Ergebnisse und Maßnahmen vorgestellt. Unter anderem in den Bereichen Deutsch und Mathematik habe sie den Schulen Konzepte und Unterstützung zugesagt wie auch Neuerungen bei den Schulanmeldungen. Sie habe das sogenannte Schulspiel angekündigt. Das werde aktuell im MSB ausgearbeitet.

Wie man sehe, sei man an dem Thema bereits dran und nehme die Verantwortung sehr ernst. Die jetzigen Maßnahmen würden prozesshaft mit den betroffenen Akteurinnen und Akteuren weiterentwickelt. Der Antrag sei bereits überholt, da Maßnahmen bereits auf dem Weg seien. Seine Fraktion werde den Antrag heute ablehnen.

Jens Kamieth (CDU) schließt sich den Ausführungen von Herrn Sonne ausdrücklich an. Herr Hafke habe gerade das Alltagshelferprogramm angesprochen und gefordert, das fortzusetzen. Dem schließe sich seine Fraktion grundsätzlich an. Das werde aber im Forderungsteil des Antrags nicht einmal erwähnt. Vielleicht sei das der Versuch, ein noch nicht abschließend gelöstes Problem, diesen Antrag, der sich weitgehend erledigt habe, zu retten. Ministerin Feller habe in der letzten Sitzung des ASB, am 26.04., bereits erste Maßnahmen vorgestellt. Das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung sei Ende letzten Jahres vorgestellt worden. Das zeige, dass die Landesregierung an diesen Punkten arbeite.

An den Talentschulen werde festgehalten. Sie würden im Zukunftsvertrag ausdrücklich genannt. Die Ausweitung der Familienzentren sei beschlossen und festgelegtes Ziel. Was das Startchancen-Programm betreffe, so solle man die anderen Länder anhalten, das schneller umzusetzen. Es sei ein Bundesprogramm. Vor dem Hintergrund könne Herr Hafke das Gespräch mit der im Bund zuständigen FDP-Ministerin führen. Im Ergebnis brauche es diesen Antrag nicht, zumindest nicht mehr. Seine Fraktion werde ihn ablehnen.

Frank Müller (SPD) schickt voraus, er könne nur maximal eine Enthaltung der SPD-Fraktion bei diesem Antrag anbieten. Einige Punkte in den Forderungen seien sicher richtig. Man müsse aber dem gesamten Antrag zustimmen können. Er knüpfe auch an Punkte aus der letzten Wahlperiode an, die die SPD-Fraktion immer kritisiert habe. Die SPD glaube, dass der Masterplan Grundschule so nicht Wirkung entfaltet habe. Aber auch die Talentschulen, so wie sie damals konzeptioniert worden seien, würden nicht das halten, was sie versprochen. Er bezweifle, dass sie auch in der neuen Konstellation das hielten, was sie in dem Bereich versprochen.

Was die Diskussion im Schulausschuss angehe, so wäre am Ende zu beweisen, ob sich dieser Antrag auf lange Sicht erledigt habe oder ob man das nicht immer wieder diskutiere. Er sehe nicht, dass die richtigen Fragen gestellt würden, was ja Voraussetzung sei, richtige Antworten zu finden.

Wie gesagt, der Antrag enthalte wichtige Punkte, leider aber auch Folgefehler aus der letzten Wahlperiode. Die SPD-Fraktion werde sich enthalten, aber die Maßnahmen weiterhin sehr kritisch begleiten und hinterfragen. Mit Blick auf die bisherigen Vorstellungen habe er erhebliche Zweifel, dass die Regierung da wirklich dran sei.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/1365 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

4 Die Gesundheitsversorgung von Familien sicherstellen – Kuren für Familien, Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung in NRW retten!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1686

Ausschussprotokoll 18/203 (Anhörung am 22.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 23.11.2022)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) betont, der Bedarf an Kuren für junge Familien sei in den letzten Jahren eher größer als kleiner geworden. Das hänge auch mit den psychischen Belastungen, die nicht zuletzt durch die Coronapandemie ausgelöst worden seien, zusammen. Diese Bedarfe würden in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend gedeckt. Es gebe kein Überangebot an Kurplätzen. Darum müsse man alles dafür tun, damit die vorhandenen Strukturen erhalten blieben.

Der Antrag sei zu einem Zeitpunkt gestellt worden, zu dem viele Einrichtungen mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätten. Das bestehe bis heute fort. Man wolle verhindern, dass es zu Schließungen komme. Das sei – Stand heute – nicht gelungen.

Er habe selbst eine Einrichtung in seinem Wahlkreis, die vor dem Hintergrund der Finanzierungsproblematik die Pforten habe schließen müssen. Das sei ein großer Schlag ins Kontor für die Familien in Nordrhein-Westfalen. Man sollte zumindest jetzt den Beitrag dazu leisten, dass es nicht anderen Einrichtungen genauso gehe. Darum fordere seine Fraktion einen landeseigenen Schutzschirm für die Kuren von Familien, dass sich das Land in der Hinsicht engagiere, gleichzeitig auf die Krankenkassen und Leistungsträger zugehe, um mit denen in Verhandlungen zu treten, dass auch sie stärker dafür einträten, dass diese Angebote für Familien erhalten blieben. Das Thema sei sehr wichtig. Es gebe großen Handlungsdruck. Er bitte, sich dieses Themas anzunehmen.

Dennis Sonne (GRÜNE) legt dar, Einrichtungen, die Kuren für Familien anböten, stünden unter finanziellem Druck. Das sei auch durch die Stellungnahmen in der Anhörung am 22. März deutlich geworden. Deutlich geworden sei auch, dass Angebote für bestimmte Zielgruppen wie für Menschen mit Behinderungen aus Kostengründen und dem fehlenden barrierefreien Angebot nicht vorhanden seien. Die Bundesregierung habe im Dezember letzten Jahres Entlastungspakete auf den Weg gebracht, um Krankenhäuser, Pflege- und Reha-Einrichtungen bei den Auswirkungen der Energiekrise zu unterstützen. Das sei auch von den Akteuren wie zum Beispiel dem Bundesverband Deutscher Privatkliniken sehr begrüßt worden. Für Reha-Einrichtungen sowie Werkstätten für behinderte Menschen stehe insgesamt 1 Milliarde Euro bereit.

Die Problematik nicht ausreichender Tagessätze sei damit jedoch noch nicht gelöst. Es könne aber nicht die Aufgabe des Landes sein, Lücken zu stopfen, für die auf Bundesebene eine Lösung gefunden werden müsse. Deswegen lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Jens Kamieth (CDU) meint, man merke deutlich, dass der Ausschuss mitberatend sei und der Antrag aus den Federn der Referentinnen und Referenden des Gesundheitsbereiches komme. Sonst wäre das für diesen Bereich wichtige Stichwort der Familienerholung erwähnt worden, wo man in den vergangenen Jahren, gerade im letzten Haushalt, einen riesigen Aufwuchs gehabt habe. Dreieinhalb Millionen Euro stünden für die Familienerholung zur Verfügung. Das erreiche möglicherweise nicht ganz ein Kurniveau, schaffe aber gerade in schwierigen Zeiten Luft für die Familien, tatsächlich mal durchatmen zu können.

Soweit die Unterfinanzierung bestehe – das habe sein Vorredner schon gesagt –, sei das klar eine Bundesangelegenheit. Das Land sei beispielsweise schon im Bereich der Sprach-Kitas in die Bresche gesprungen und habe die weiterfinanziert, nachdem sich der Bund schnell einen schlanken Fuß gemacht habe. Jetzt in einem weiteren Bereich, der originär dem Bund zugewiesen sei, in die Bresche zu springen, sehe seine Fraktion nicht. Deswegen lehne sie den Antrag ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/1686 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

5 **No-Go-Area Internet? Sexualisierte Gewalt und Sexismus im Internet bekämpfen!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1687

Ausschussprotokoll 18/200 (Anhörung am 17.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend – sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 24.11.2022)

Frank Müller (SPD) merkt an, Frau Ministerin und er würden sich später noch einmal im Gleichstellungsausschuss sehen. Er ahne auch, dass dieser Antrag heute keine Mehrheit finden werde, wahrscheinlich auch im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen nicht. Gleichwohl sei es – das habe auch die Anhörung gezeigt – ein nicht ganz unwichtiges Thema. Insbesondere betreffe das die Gefahren, die von Cybergewalt ausgingen, einer Gewalt, die in einem abstrakten Raum stattfindet, aber auch massive Auswirkungen habe, wo sich Menschen schutzlos ausgeliefert fühlen.

In der Kinderschutzkommission sei inhaltlich diskutiert worden, dass es notwendig sei, hier einen Blick darauf zu werfen. Wenn es dazu diene, diesem Thema Aufmerksamkeit und ein öffentliches Gehör zu verleihen, dann habe man zumindest ein Ziel erreicht. Es wäre schön, wenn man daran gemeinsam arbeiten könne. Er bitte um Zustimmung zu diesem wichtigen Antrag und wichtigen Thema.

Dr. Nadja Bütefähr (SPD) erklärt, sie würde es sehr bedauern, wenn man hier keine gemeinsame Linie finden könnte. In der Kinderschutzkommission habe es auch zu dem Thema „Cybermobbing, Gewalt im Netz, Sexismus im Netz“ eine Anhörung gegeben. Sie finde den Antrag richtig gut, den ihre Fraktion geschrieben habe.

Der Antrag sei differenziert und enthalte Forderungen aus den verschiedensten Handlungsfeldern, was die Prophylaxe angehe, was die Polizeiausbildung angehe, was die Beratungsstelle angehe. Sie sei gespannt, welche Argumente man finde, dagegen zu stimmen. Sie plädiere dafür, dass man da eine einheitliche Linie finde, so wie man sich auch in anderen Handlungsfeldern trotz etwaiger Störfeuer verständigt habe, gemeinsam vorzugehen. Das Thema sei zu wichtig, als dass man sich da auseinanderdividieren lassen sollte.

Charlotte Quik (CDU) betont, kein Mensch spreche davon, dass man sich in diesem Themenfeld auseinanderdividieren lassen wolle. Sie glaube, dass in diesem Raum eine einhellige Position dazu bestehe, dass das Internet für alle, ob Männer, Frauen,

Kinder oder Jugendliche und alle darüber hinaus genannten Personen, ein sehr sicherer Raum sein müsse und alle daran arbeiteten, dass dem auch so sei.

Nun sei es tatsächlich so, dass auch die Landesregierung und die sie tragenden Personen das erkannt hätten und entsprechend tätig geworden seien. Sie wolle jetzt nicht alle Maßnahmen aufzählen, die sie bereits im Plenum in diesem Kontext genannt habe. Tatsache sei, dass es an der Stelle dieses Antrags nicht bedurft hätte, um dort zu Handlungen zu kommen.

Frau Kollegin Büteführ habe gerade angeführt, dass das Thema auch in der Kinderschutzkommission breit aufgenommen worden sei und man sich von Expertinnen und Experten habe beraten lassen, was man in der nächsten Sitzung noch einmal thematisieren werde. Sie sei der Auffassung, dass das Thema Beachtung finde, dass man gemeinsam daran weiterarbeiten werde. An dieser Stelle könne man dem Antrag nicht folgen, weil er zwar viele Punkte aufzähle, wie Frau Dr. Büteführ gesagt habe, das Ganze aber nicht differenziert genug aufgreife, als dass man da 1:1 zustimmen könne. Sie lade herzlich dazu ein, diesbezüglich weiter im Gespräch zu bleiben.

Dagmar Hanses (GRÜNE) gibt an, Cybergewalt, Gewalt im digitalen Raum sei ein großes Problem in der Gesellschaft. Hass und Hetze nähmen immer mehr zu. Der Ausschuss habe sich mit dem Thema an verschiedenen Punkten immer wieder beschäftigt, auch im letzten Plenum noch. Nun seien viele Mechanismen und auch rechtsstaatliche Dinge auf Bundesebene zu regeln. Vom Bundesjustizminister liege ein Eckpunktepapier für ein Gesetz gegen digitale Gewalt vor. Sie sei sehr zuversichtlich, dass das im weiteren Prozess auch zu Verbesserungen führen könne. Gerne wolle man weiter im Diskurs bleiben. Sie finde es jetzt schwierig, pauschal auf den Antrag aufzuspringen.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) führt aus, natürlich seien sich alle einig – darüber werde man auch im Ausschuss am Nachmittag diskutieren –, dass das Internet weder ein rechtsfreier noch ein beratungsfreier Raum sei. Trotzdem müsse man erleben, dass es kein gewaltfreier Raum sei. Die Phänomene, die man im Analogen sehe, sehe man manchmal verstärkt mit Blick auf die Gewalt genauso im Internet. In dem Antrag werde eine Bandbreite an Themen angesprochen. Es gebe aber schon eine ganze Bandbreite an Dingen, die die Breite dieses Themenbereiches aufgriffen.

Sie greife einige Punkte heraus, um deutlich zu machen, dass das innerhalb der Landesregierung erkannt worden sei. Es würden Maßnahmen ergriffen, um diesem Phänomen entgegenzuwirken. Dass man sich weiter mit dem Phänomen beschäftigen müsse, sei keine Frage. Im Übrigen sei das auch eine Frage der Haltung, wie man politische Diskussionen, Diskussionskulturen im digitalen Raum ausgestalte, wie viel man bereit sei auszuhalten, wie viel die Zivilgesellschaft bereit sei, an manchen Stellen dagegenzuhalten. Das seien Punkte, die man für den demokratischen Diskurs vereinbaren müsse.

Zum Thema „Gewaltschutz“: Es gebe eine ausdifferenzierte Gewalthilfeinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen, die sich dieses Themas auch annehme, die sich an diesen Stellen gezielt weiterentwickle und fortbilde, um Frauen in allen Lebensbereichen – die

digitale Welt sei genauso ein normaler Lebensbereich wie die analoge Welt – zu unterstützen und zu schützen. Es sei auch ein Blick darauf zu richten, dass bestimmte Gruppen in besonderer Art und Weise Opfer von Gewalt, Hass und Hetze im Netz würden wie beispielsweise LSBTIQ*-Personen. Oftmals sei es Menschen nicht klar, oder sie würden sich nicht trauen, die Dinge zur Anzeige zu bringen. Bei manchen Gruppen sei die Anzeigebereitschaft nicht hoch. Dementsprechend gebe es eine Anzeigekampagne „ICH ZEIGE DAS AN!“, um Menschen zu ermutigen, sich zu wehren. Es werde deutlich gemacht, was alles strafrechtlich bewehrt sei, um sich zur Wehr setzen zu können.

Ganz wichtig sei der Bereich, den man in der letzten Legislatur auch in der Kinderschutzkommission intensiv diskutiert habe, der Prävention, der Medienkompetenz. Die Kinderschutzkommission habe einen besonderen Blick auf die Peer-to-Peer-Gewalt im Internet und Grenzüberschreitungen geworfen. Zur Medienkompetenz gehöre auch zu wissen, wogegen man sich als betroffene Person wehren könne, wo Grenzüberschreitungen bei denjenigen vorlägen, die Dinge posteten, schrieben, was jungen Menschen in der Tragweite manchmal nicht klar sei. Das heiße, die ganze Bandbreite müsse aufgegriffen werden.

Da sei der Kompetenzrahmen zu nennen, die Landespräventionsstelle gegen Gewalt und Cybergewalt an Schulen in Nordrhein-Westfalen müsse in den Blick genommen werden, des Weiteren die Zentrale Ansprechstelle für Cybercrime (ZAC), in der man über den tiefgreifenden Rahmen des Strafrechts spreche. Viele Dinge seien auf dem Weg, viele Prozesse seien weiterhin auf dem Weg, gerade im Bereich des Kinderschutzes beispielsweise mit dem fortzuschreibenden Maßnahmenkonzept Kinderschutz der Landesregierung und in anderen Bereichen, in denen man die Dinge weiter diskutiere. Das könne man auch heute Nachmittag im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen weiter diskutieren, etwa bei der Förderrichtlinie zur Unterstützung der Frauenhilfeninfrastruktur, wo man in einem intensiven Austauschprozess sei, wo immer in den Blick genommen werde, ob es neue Gewaltphänomene gebe, die auch andere Antworten, die Weiterentwicklung von Antworten notwendig machten, auch im Bereich der Anti-Gewaltarbeit für unterschiedliche andere Zielgruppen.

Vieles sei auf dem Weg. Es bestehe kein Zweifel – das habe sie auch nicht herausgehört –, dass man sich immer weiter die Entwicklung von Gewaltphänomenen anschauen müsse und die Diskussion darüber führen müsse, wie zielgerichtet Gewaltprävention, Interventionsmöglichkeiten, aber auch Schutz und Hilfe bei Gewaltbetroffenheit weiterentwickelt werden könnten.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/1687 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

6 Chancengleichheit von Anfang an – Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3305

In Verbindung mit:

Zwischensprint nötig – Mehr Anstrengung im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3655

Stellungnahme 18/511
Stellungnahme 18/513
Stellungnahme 18/519
Stellungnahme 18/522 – Neudruck
Stellungnahme 18/523
Stellungnahme 18/526
Stellungnahme 18/527
Stellungnahme 18/529
Stellungnahme 18/533
Stellungnahme 18/536
Stellungnahme 18/539
Stellungnahme 18/546
Stellungnahme 18/547
Stellungnahme 18/551

*(Überweisung des Antrages der SPD-Fraktion Drucksache 18/3305
an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 08.03.2023.*

*Überweisung des Antrages der FDP-Fraktion Drucksache 18/3655
an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend –
sowie an den Ausschuss für Gesundheit und Soziales und den
Integrationsausschuss am 30.03.2023)*

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann merkt an, zu beiden Anträgen gemeinsam sei eine schriftliche Anhörung durchgeführt worden. Man habe sich darauf verständigt, die beiden Anträge gemeinsam zu beraten. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/3655 abgelehnt. Das Votum vom Integrationsausschuss steht noch aus. Heute solle die schriftliche Anhörung ausgewertet werden. Die Abstimmung würde in der nächsten Sitzung erfolgen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) berichtet, er sei am Vortage auf einer Kita-Veranstaltung in Hiddenhausen gewesen. Er habe Bitterschokolade als Mitbringsel mitbekommen mit dem Reminder, dass sich die Beschäftigten und auch die Eltern mehr Energie für die frühkindliche Bildung wünschten. Wenn sich die regierungstragenden Fraktionen gewundert hätten, warum bei ihnen gerade die Schokolade mit dem Espresso liege, dann habe das selbstverständlich auch einen Hintergrund.

Zum Thema „Aufwachen“: Wenn es schon nicht die Schokolade machen sollte, hoffe er, dass zumindest die Stellungnahmen der Expertinnen und Experten dazu führen würden, dass man schnell die Maßnahmen ergreife und für ein Licht am Ende des Tunnels Sorge, was gerade die Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung dringend benötigten. Es fehle an drei Sachen: an Personal, an Geld und an Planungssicherheit. Genau das beschreibe der Antrag der SPD, das beschrieben auch die Stellungnahmen der Sachverständigen. Insbesondere sei man sich in einem Punkt in allen Stellungnahmen einig: Man brauche jetzt eine Offensive für mehr Ausbildung.

Die Stellungnahmen hätten sich auch dazu verhalten, was die SPD vorschlage, nämlich die praxisintegrierte Ausbildung komplett zu finanzieren – nicht nur mit einem geringen Anteil, wie das heute der Fall sei, im OGS-Bereich übrigens mit überhaupt keiner Unterstützung des Landes – und auch Anreize finanzieller Natur bei der vollzeitschulischen Ausbildung zu setzen. Er sei gespannt, ob die Koalitionsfraktionen eine Stellungnahme fänden, die genau diesem Ansinnen widerspreche.

Die Aussage der kommunalen Spitzenverbände sei, dass eine vollständige Finanzierung der vollzeitschulischen und der praxisintegrierten Ausbildung zu einer Ausweitung der Kapazitäten führen würde. Die Ausführungen der Landesjugendämter in dem Zusammenhang finde er sehr explizit. Sie hätten gesagt: Insbesondere biete die vollständige gesetzliche Förderung aller Ausbildungsformen eine gute Grundlage, um die personelle Situation in der frühkindlichen Bildung zu stabilisieren und zu stärken.

Der Landeselternbeirat habe eine ähnliche Einschätzung. Eine Landesförderung von PiA und die Forderung nach finanziellen Anreizen für die vollschulische Ausbildung werde von dem Landeselternbeirat genauso geteilt wie die zusätzliche Übernahme von Trägerkosten. Die komba, die nicht in Verdacht stehe, eine Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie zu sein, habe sogar die Forderung von Saskia Esken aufgegriffen, dass man ein Sondervermögen für die Bildung in Deutschland brauche. Natürlich unterstütze die komba die Forderung nach Ausweitung von PiA und finanziellen Anreizen für die vollzeitschulische Ausbildung. Das Gleiche gelte selbstverständlich für ver.di und die GEW.

Herr Müller von den Katholischen Kindertageseinrichtungen Hochstift in Paderborn habe hochgerechnet, was das bedeuten würde. Er habe 94 Einrichtungen in seiner Trägerschaft. Er sage, er wäre bereit, zum 01.08., wenn man diese Entscheidung treffen würde, 40 zusätzliche PiA-Auszubildende einzustellen. Wenn man das aufs Land hochrechne, wären das über 4.000 zusätzliche Plätze, die auf diesem Weg entstehen könnten, wenn man denn bereit wäre, diesen finanziellen Anreiz auch in das System zu geben. Denn dieser Beruf sei trotz vieler Einschränkungen für viele junge Menschen weiterhin attraktiv. Man müsse natürlich dafür sorgen, dass das Ganze auch finanziert werden könne, damit es attraktiv bleibe.

Er komme zum Thema „Geld“. Nun merke man, dass das System an vielen Stellen vor dem Kollaps stehe, wenn man nicht bereit sei, aktiv einzugreifen. Die Mittel, die für den Ausgleich der Inflationskosten bezahlt worden seien, seien viel zu gering. Man stehe jetzt vor der Entscheidung, wie es mit den Tarifabschlüssen weitergehe. Sie würden nicht durch das gedeckt, was bislang im KiBiz geplant sei. Man wisse genau, wozu das führen werde: Die Einrichtungen würden sagen, sie könnten nicht mehr so viel in Ausbildung investieren, weil sie das Geld nicht hätten. Sie würden Personal zurückfahren müssen, weil sie das Geld nicht hätten. Genau das führe dazu, dass dieser Beruf unattraktiver werde und man weniger Menschen finde, die bereit seien, die Aufgaben auch zu übernehmen.

Der dritte Punkt, die Planungssicherheit: Von der Freien Wohlfahrtspflege werde beschrieben, woran es fehle. Es fehle an der finanziellen Absicherung bzw. der Vollfinanzierung für Kita-Helfende, Sprach-Kitas, für die Fachberatungen, für die praxisintegrierte Ausbildung Kindertagespflege und Erzieherinnen. Bei der Kindertagespflege bei der PiA habe man überhaupt keine gesetzliche Grundlage, bei den Sprach-Kitas gebe es immer noch keine Regelung, wie es nach dem 30.06. weitergehe. Mit Blick auf die Kita-Helfenden gebe es keine Regelung, wie es ab dem 01.08. weitergehe. Es gebe keine Planungssicherheit im System. Das alles schrieben die Sachverständigen der Landesregierung ins Stammbuch. Vielleicht sollte man die Sachverständigen ernst nehmen.

Marcel Hafke (FDP) schließt sich den Äußerungen von Kollegen Maelzer an. Er habe schon einmal gesagt, die Hütte brenne, die Situation sei im letzten Jahr noch einmal massiv verschärft worden – nicht durch politisches Handeln, sondern durch die äußeren Rahmenbedingungen, die man dort vorfinde. Das lasse niemanden kalt. Die Frage, ob die Maßnahmen, die die regierungstragenden Fraktionen auf den Weg gebracht hätten, ausreichen, müsse er verneinen. Das Papier, das im Januar oder Februar vorgelegt worden sei, reiche nicht aus. Erstens seien das kleinteilige Maßnahmen, zweitens werde man damit nicht die großen Probleme der heutigen Zeit in den Griff bekommen.

Wenn mehrere Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort fehlten, könne man das nicht mal so eben kompensieren. Das sei vollkommen klar. Die Frage sei aber, mit welcher Geschwindigkeit man jetzt Signale in die Trägerlandschaft, in die Kitas hinein sende, dass man Reformen anstrebe. Damit meine er nicht, einzelne Berufsgruppen noch mal zuzulassen, sondern zu sagen, wie eine grundsätzliche Reform der Ausbildung im Erzieherinnen- und Erzieherwesen aussehe, wie man Quereinsteiger ins System bekomme, wie man qualitativ vernünftig dort Leute pädagogisch anlerne, sie mit auf die Reise nehme und zu hochwertigem Personal weiterentwickle. Seines Erachtens sei das eine entscheidende Debatte, die man dringend führen müsse.

Egal, was man mache, man werde keine 20.000 Erzieherinnen und Erzieher rein aus der klassischen schulischen Ausbildung und aus PiA bekommen. Das werde nicht funktionieren. Das heiße, man werde einen anderen Weg gehen müssen. Wenn man da nicht die Kraft habe, diesen Diskurs zu führen und zu einem Ergebnis zu bringen, werde das Problem nicht gelöst werden. Er würde sich wünschen, dass man eine ehrliche Debatte über Quereinstieg führe – nicht so, wie man es in den letzten Tagen

getan habe. In der letzten Legislaturperiode seien weitere Berufsgruppen hinzugekommen. Das sei, bedingt durch die Coronapandemie, gemacht und jetzt erweitert worden. Er kritisiere das nicht, glaube nur, das sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die große Frage sei, wie man Menschen zusätzlich ins System bekomme. Sie hätten vielleicht nicht vom ersten Tag an die pädagogische Ausbildung, die man benötige.

Deswegen stehe in dem Antrag seiner Fraktion, man brauche für Quereinsteiger eine Quote, damit das System das vertrage und die Kräfte weiterqualifiziert würden, modular aufsteigend bis zur Qualifikation als Erzieherin, bis zum Abschluss. Da müsse man ja einen Weg gehen. Das mache man im Übrigen an anderen Stellen auch, insbesondere da, wo es um Kinder und Jugendliche gehe. Bei der PiA-Ausbildung kämen auch Menschen ins System, die zunächst mit Kindern keine Erfahrung gesammelt hätten, dann aufsatteln würden. Darum gehe es. Man wolle ja kein System schlechter machen, Qualitätsstandards absenken, aber man müsse mehr Menschen reinholen. Diese Debatte müsse man ernsthaft und ehrlich führen und sich auch offen und klar aufstellen. Wenn man das nicht tue, werde man das Problem alleine durch PiA-Plätze und schulische Ausbildung nicht lösen können.

Nun könne man seines Erachtens mehrere Maßnahmen verhältnismäßig schnell auf den Weg bringen. Das Eine, was er gerade beschrieben habe, sei langfristig. Man könne aber einige Sachen sehr schnell miteinander verabreden, und das auch parteiübergreifend. Er wiederhole es noch einmal: Das KiBiz sei auf die Coronazeit und die steigenden Energiekosten durch den Angriffskrieg nicht vorbereitet gewesen. Es sei auch nie Intention im Kinderbildungsgesetz, im Übrigen auch damals nicht im GTK gewesen, auf solche massiven Krisenzeiten vorbereitet zu sein. Da müsse man nachsteuern. Er biete an, das Thema Dynamisierung der Personalkosten vorzuziehen, weil das einen Großteil von dem, was Kollege Maelzer beschrieben habe, auffangen würde. Das könne man sehr schnell machen. Das könne man im Juni-Plenum über die Bühne bringen. Das gehe alles, wenn man es wolle.

Eine zweite Sache, die man sehr schnell machen könne, die auch händelbar sei – da müsse man mit dem Finanzminister klarkommen, das sei die Verantwortung in der Regierung –: Man könne Verwaltungskräfte ins System holen, die keine pädagogischen Fachkräfte seien, die die Erzieherinnen und Erzieher, die Kitas, die Träger entlasten würden. Verwaltungskräfte im Kinderbildungsgesetz festzuschreiben, könne man sehr schnell noch vor der Sommerpause verabreden, weil das die Lage massiv stabilisieren würde. Dann könnten die Träger über den Sommer schon Personal akquirieren.

Der dritte Punkt – das sei nicht nur eine finanzielle Verabredung –, man könne auch die Alltagshelfer ins Gesetz reinschreiben. In absehbarer Zeit solle das KiBiz ja grundsätzlich reformiert werden. Von daher könne man solche systemfremden Strukturen verabreden, bis es eine grundlegende Reform gebe. Es wäre für die jetzige Zeit seiner Meinung nach sehr wichtig, diese Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Er denke, die Hütte brenne so sehr, dass er sich mit Blick auf die Maßnahmen, die jetzt angestoßen würden – es gebe ja keine inhaltliche Kritik daran, sondern nur, dass es zu wenig sei, nicht ausreiche, wer ehrlich sei, wisse das auch –, wünschen würde, dass die regierungstragenden Fraktionen alle gemeinsam mehr Tempo hineinbrächten. Er habe

große Sorgen, dass nicht nur der Platzausbau stocke, sondern Kitas – das sehe man bei den Zahlen – immer stärker Einschränkungen hinnehmen müssten, was zu massiven Problemen in der Bildung, aber auch bei Vereinbarkeit von Familie und Beruf Sorge. Das dürfe man so nicht einfach hinnehmen. Es gebe Möglichkeiten gegenzusteuern. Die müsse man jetzt gemeinsam auf den Weg bringen.

Zacharias Schalley (AfD) greift zwei Punkte heraus, bei denen seine Fraktion Bauchschmerzen habe. Unter anderem werde die Gewinnung ausländischer Fachkräfte als Lösung vorgeschlagen. Das berge die Gefahr, dass der Spracherwerb in der frühkindlichen Bildung nicht sichergestellt werde. Weil überhaupt ein Argument für frühkindliche Bildung der Abbau herkunftsbezogener Benachteiligung sei, sehe er diesen Punkt sehr kritisch, wenn nicht hohe Standards gewährleistet werden könnten.

Der zweite Punkt sei die Einhaltung der Standards. Das werde jetzt schon arg strapaziert, er verweise auf die Stellungnahme der komba gewerkschaft. Eine weitere Absenkung könne und sollte man sich nicht erlauben.

Jens Kamieth (CDU) stellt heraus, die beiden Anträge von SPD und FDP böten die Möglichkeit, das Ganze noch einmal einzuordnen. Die Frage des Fachkräftemangels sei ein schönes Beispiel dafür, wie Politik arbeite oder auch nicht arbeite. Er habe die Ehre, diesem Haus schon etwas länger angehören zu dürfen. Er erinnere sich gut an die Wahlperiode 2012-2017. In der Diskussion sei es darum gegangen, dass man weitere Studienplätze brauche, um mehr Pädagoginnen und Pädagogen für die Kollegs zu gewinnen, damit sie die Erzieher*innenausbildung betreiben könnten. Man habe über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse diskutiert. Hintergrund sei gewesen, dass Akademikerinnen, Akademiker aus den Niederlanden hier nicht hätten eingesetzt werden können. Das heiße, die Probleme seien sehr alt.

Er glaube, jeder, der diesem Haus länger angehöre, müsse einräumen, dass man nicht genug gemacht habe. Das gelte für die Wahlperiode 2012-2017. Die Anträge seien abgelehnt worden. In der letzten Wahlperiode seien weitere Studienorte installiert worden. Ehrlicherweise müsse man auch sagen, dass in der vergangenen Wahlperiode weniger in dem Bereich gelaufen sei als das, was die Ministerin im ersten Jahr hier auf den Weg gebracht habe.

(Marcel Hafke [FDP]: Sehr mutige Aussage!)

– Herr Hafke habe zu Recht darauf hingewiesen, dass man die Personalverordnung auch in der letzten Wahlperiode schon erweitert habe. Das sei richtig. Es habe eine Imagekampagne gegeben. Da sei was gemacht worden. Es kristallisiere sich im Moment heraus, dass man das vor zehn Jahren schon hätte abfedern können. Dann würde die Hütte vielleicht nicht so doll brennen, wie sie jetzt brenne. Jetzt müsse man mit dem arbeiten, was man jetzt habe. Die Anträge böten Gelegenheit zu zeigen, was denn tatsächlich laufe.

In der Personalverordnung werde schon sehr viel mehr zugelassen. Das werde in den Stellungnahmen auch anerkannt. Gleichwohl sei es sein Eindruck aus den Gesprächen,

die seine Fraktion auch führe, dass die Möglichkeiten der Personalverordnung bei Weitem noch nicht so ausgenutzt würden, wie sie eigentlich bestünden.

Man habe die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zum Thema gemacht und wolle das einfacher machen. Durch das Ad-hoc-Programm würden viele Möglichkeiten eröffnet – Stichwort: Einsetzbarkeit der Kinderpflegerinnen in allen drei Gruppenformen. Man wolle die Tagespflegepersonen mit Qualifizierung, Berufserfahrung in die Kitas bringen, wo vermutlich das größte Personalpotenzial bestehe. Es sei tatsächlich sehr viel gemacht worden. Die Landesregierung habe bewiesen, dass sie in Notzeiten handlungsfähig sei beispielsweise, was die Bereitstellung der 60 Millionen Euro aus dem Sondervermögen „Krisenbewältigung“ angehe. Damit seien Energiekosten abgedeckt worden. Man sei in intensiven Gesprächen und auf einem guten Weg, um die Probleme zu lösen.

Fest stehe, dass es neben dem Fachkräftemangel im Bereich der Kita, auch – das werde manchmal vergessen – Fachkräftemangel im Bereich der Jugendsozialarbeit, im Bereich der stationären Hilfen gebe. In allen Bereichen gebe es einen Arbeitskräftemangel. Insbesondere gebe es einen Fachkräftemangel im Bereich der Gastronomie, im Handwerk, im Bereich der Pflege. Das sei ein Stück weit Kannibalismus, weil jeder Bereich gerade versuche, für sich die größten Potenziale zu heben. Das sei auch wichtig, gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung sei es wichtig. Man wolle Qualität in den Kitas, man wolle gut ausgebildete Fachkräfte.

Deswegen gebe es eine weitere Idee, die pädagogischen Fachkräfte in die Lage zu versetzen, möglichst 100 % pädagogische Arbeit zu leisten. Er verweise auf das Programm der Alltagshelfer, was zumindest bis zum Jahresende ausfinanziert sei. Man warte noch auf die Förderrichtlinie. Darüber werde der Ausschuss gleich noch sprechen. Man sei in einem harten Wettbewerb in vielen Bereichen.

Wenn er sich die Vorschläge der SPD zur Refinanzierung des PiA-Ausbildungsaufwandes in den Kitas anschau, so habe Dr. Maelzer von 40 Stellen gesprochen, die geschaffen werden könnten. Wenn das Land 40.000 Euro Zuschuss gebe, dann seien das 1,6 Millionen Euro alleine an einen großen Träger. Das müsse man sich auch auf der Zunge zergehen lassen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wer bezahlt es denn dann?)

Er habe gerade angedeutet, dass man in vielen, auch systemrelevanten Bereichen Fachkräftemangel habe. Er höre davon, dass alle sehr bald die Heizungen austauschen sollten. Im Heizungs- und Sanitärbereich gebe es einen Riesenausbildungsbedarf. Er frage, ob man in einzelnen Bereichen die Ausbildung tatsächlich komplett finanzieren wolle. Er glaube, es müsse darum gehen, das System zu stärken, die Fachkräfte, die man habe, zu entlasten beispielsweise durch die AlltagshelferInnen, die bürokratischen Anforderungen beispielsweise durch die Abschaffung von Meldepflichten möglichst gering zu halten, sodass deutlich werde, was es sei: ein schöner Beruf, der Spaß mache, bei dem man das Wertvollste, was man habe, nämlich die Kinder, in die Obhut gebe und dadurch die Attraktivität des Berufs und den Zugang zu den Kitas tatsächlich wieder steigern.

Eine abschließende Bemerkung: Er werbe sehr dafür, dass man dieses Problem mit allen Beteiligten löse. Das Stichwort „Wertschätzung“ werde immer wieder genannt. Der Wertschätzung könne die Landesregierung, könnten die Landespolitiker wenig entgegenbringen. Wertschätzung, wenn man es nicht nur zwischen Daumen und Zeigefinger, sondern im Verhältnis Arbeitgeber/Arbeitnehmer sehe, sei etwas, was insbesondere in den Kitas seitens der Träger stattfinden sollte, aber auch seitens der Eltern. Man könne immer nur wieder dafür werben, wie wichtig diese Arbeit sei. Diese Erkenntnis müssten die Eltern letztendlich gewinnen und zurückspiegeln.

Jeder, der ein Kind in der Kita gehabt habe, wisse, was da für eine tolle Arbeit geleistet werde. Es sei ein sehr komplexes Thema, das man nur gesamtgesellschaftlich im Kontext und im Ringen mit anderen Akteuren lösen könne. Man habe wichtige Schritte dafür vorbereitet, sei die auch schon gegangen. Auf dem Weg werde man weitergehen.

Dagmar Hanses (GRÜNE) meint, da Kollege Kamieth die Situation so wunderbar beschrieben habe, wolle sie nur wenig ergänzen. Es sei sinnvoll, zwischen Ad-hoc-Maßnahmen, die die Landesregierung vorgestellt habe, und langfristigen Maßnahmen zu differenzieren. Das habe Kollege Hafke auch erwähnt.

Viel stehe dazu im Koalitionsvertrag, jetzt sei man bei der Umsetzung. In der Tat sei das ein Langstreckenlauf. Die Ministerin bediene gerne Bilder aus dem Bereich des Sports und habe in ihrem Hause eine Koordinierungsstelle für die Fachkräfteoffensive der Landesregierung eingerichtet. Es sei wichtig, dass das konzentriert stattfinden könne.

Sie sei bei einer Art Veranstaltung des MKJFGFI am 13. Februar zum Thema „Fachkräfteoffensive“ gewesen. Da seien viele Akteurinnen, Akteure, Träger, Leute aus der Wissenschaft, aus den Kommunen, aus der Praxis, aus Einrichtungen gewesen, wo es eine Aufbruchstimmung gegeben habe. Sie hätten Ideen gehabt, Dinge zu verbessern. Es habe Beispiele aus Kommunen gegeben, in denen etwas gelinge. Aus Mönchengladbach sei berichtet worden, wie für den Beruf des Erziehers, der Erzieherin geworben werde. In der Tat sei das doch einer der tollsten Berufe in der Welt. Fachkräfte würden aus Spanien gewonnen, es gebe eine umfangreiche Kampagne. Sie glaube, man brauche sehr viele dieser Instrumente. Das sei nicht abschließend.

Parallel heute finde im Congress Center Düsseldorf eine weitere Veranstaltung der Landesregierung unter Federführung des MAGS statt, die auch die Fachkräfteoffensive zum Thema habe. Es sei eine große Aufgabe, die man hier in den nächsten Jahren vor sich habe.

Frank Müller (SPD) ist irritiert. Das, was Kollege Kamieth gerade beschrieben habe, habe sich nach allem angehört, aber nicht nach Aufbruch und Offensive, sondern nach Relativierung, Beschreibung dessen, warum was nicht gehe, worauf man sich in den nächsten Jahren einstellen dürfe. Er habe beschrieben, wie Politik arbeite und welche Fehler möglicherweise auf der Strecke gemacht worden seien. Da könne man auf den Gedanken kommen, da wäre man doch irgendwann auch mal klug geworden. Das sei offensichtlich keiner, weil man sich weiterhin im Bereich der Überschriften befinde, die allesamt nicht mit konkreten Maßnahmen hinterlegt seien. Es seien Absichtserklärungen,

man warte auf eine Personalvereinbarung, man warte auf die Finanzierung. Gleich werde sich der Ausschuss noch intensiver mit den Alltagshelfer*innen befassen. Eine halbe Stunde vor der Sitzung habe den Ausschuss ein sehr dünner Bericht erreicht.

Dann sei das Thema „Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer“ angesprochen worden, die die Fachkräfte ausbilden sollten. Die immer gleiche Antwort, die man auch aus dem Wissenschaftsministerium höre, sei Hochschulfreiheit. Das heiße, man habe nur begrenzt Möglichkeiten, überhaupt steuernd einzugreifen. Dadurch lüpfte man die Decke gar nicht, die permanent da bleibe. Da lohne sich ein Blick in den Bericht, interdisziplinär, der den letzten Schulausschuss erreicht habe. Den habe man nicht beraten können. Aber der Bericht zum Thema „Ersatzschulfinanzierung“ und „Schaffung von weiteren PiA-Plätzen“ liege vor.

Da schreibe das Schulministerium, dass aus allen fünf Bezirksregierungen freie Ausbildungsplätze im Bereich PiA gemeldet würden. Landesweit seien die Ausbildungsplätze nicht ausgeschöpft. Der Klassenfrequenzrichtwert betrage 31 Studierende bzw. Schülerinnen und Schülern. Dieser Frequenzrichtwert pro Klasse werde nicht durchgängig erreicht. Dementsprechend sei akut kein Handlungsbedarf. Bei erneut steigender Nachfrage werde man gucken, wie man anpasse und ausbaue. Er meine, wenn man feststelle, dass der Bedarf da sei und dann erst über Ausbau nachdenke, dann sei es zu spät. Dieser Bericht atme den Geist, in dem man nach wie vor hier unterwegs sei.

Trotz aller Pressemitteilungen, wunderbarer Worte, Offensiven – wir gehen nach vorne, wir machen richtig was! – spiegele dieser kleine Absatz, der unten im Bericht stehe, genau das Dilemma wider, dass man über alle Bereiche der Landesregierung hinweg nach wie vor nicht vorausschauend und interdisziplinär plane. Es sei so verräterisch, dass alles, was hier gesagt werde, am Ende dazu führen werde, dass man nächstes Jahr hier wieder sitze und dann darüber rede, wie schön der Beruf sei, wie viel Aufbruch es vor Ort gebe.

Viele Erzieherinnen und Erzieher würden spiegeln, was das für ein wunderbarer Beruf sei. Aber sie hätten doch gerne bitte auch die Bedingungen, diesen wunderbaren Beruf auszuüben. Man sehe doch, dass viele Menschen auf dem Absprung seien. Es bestehe die ernsthafte Gefahr, dass man in den nächsten Monaten nicht über einen Platzausbau, sondern über einen Platzrückbau rede, wenn die Menschen jetzt nicht sehen würden, dass es ernsthaft nach vorne gehe. Niemand erwarte Wunder. Alle vor Ort seien genügend bei Verstand, dass sie einschätzen könnten, dass Maßnahmen nicht unmittelbar wirkten. Aber diese Maßnahmen seien noch nicht umgesetzt. Niemand könne erkennen, dass vor Ort die Situation besser werde. Er finde es spannend, wie Herr Kamieth das immer wieder verkürze, auch etwa auf Fragen der Energie.

Kollege Maelzer habe deutlich gemacht: Bei den Kosten, die jetzt den Einrichtungen davonliefen, auch mit Blick auf die Tarifabschlüsse und die Übernahmen, die zu erfolgen seien, Tarifnachwirkungen, die zum 01.01. des Jahres wirksam geworden seien, rede man teilweise von Kostensteigerungen bis zu 13 %, 14 %, 15 %, 16 %, 17 % alleine bei den Personalmaßnahmen. Da rede man gar nicht über die Frage, dass die Lebensmittelkosten für die Einrichtungen, andere Beschaffungskosten gestiegen seien. Energie spiele eine untergeordnete Rolle in der Einrichtungsfinanzierung.

Dann werde gesagt, das Thema „Wertschätzung“ könne man hier nicht steuern. Das habe viel mit dem Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu tun. Die Koalitionsfraktionen machten zum wiederholten Male etwas, was ihn empöre, was auch viele Träger empöre. Das sei auch mehrfach im Plenum aus Reihen der Koalition angeklungen, nämlich die Verantwortung für die Zustände in der frühkindlichen Bildung auf die Träger abzuwälzen, die ja in einem Bereich subsidiär seien, der komplett gesetzlich geregelt sei. Sie hätten kaum Möglichkeiten, frei zu entscheiden, es sei denn, man halte ein Plädoyer dafür, dass man das künftig alles privat regele.

Je nach Höhe der eigenen Beiträge – Eltern würden vielleicht noch Extrabeiträge leisten – könnten sie sich dann bestimmte Leistungen erkaufen. Fragen wie Gesundheitsfürsorge für die Mitarbeitenden vor Ort, die Frage der Supervision, die Frage Beratung, Entlastung und so weiter seien alle nicht geregelt, seien nicht finanzierbar. Man könne sie aus einem Teil der Kindpauschalen, aus den sonstigen Personalkraftstunden finanzieren. Dann fehle ihnen das Geld für anderes. Den Euro könne man vor Ort nur einmal ausgeben. Rücklagen könne man auch nur begrenzt bilden.

Er frage sich die ganze Zeit – das fragten sich viele, die den Debatten aufmerksam zuhörten, die man im Plenum führe –, woraus die Wertschätzung bezahlt werden solle. Da gehe es nicht nur um Gehälter für Menschen. Wertschätzung habe viel mit Arbeitsgesundheit, mit Fürsorge zu tun. Er frage, wie das finanziert werden solle, wo das mitgedacht werde. Das empöre ihn immer wieder. Er glaube, am Ende, wenn man hier so weiter voranschreite, werde man diese Debatte 1:1 in der nächsten Wahlperiode wieder führen, dann in unterschiedlicher Besetzung, in unterschiedlichen Konstellationen. Man werde sich immer daran erinnern, dass irgendwann der Punkt gekommen sei, wo das Schreckgespenst, die Menschen gingen aus dem System stiften, nicht nur ein Schreckgespenst sei, sondern bittere Realität werde zulasten der Kinder und Familien in diesem Land. Da dürfe man es nicht bei diesen selbstbeweihräuchernden Worten lassen, wenn man angesichts der jetzigen Situation am Ende nichts Konkretes geliefert habe.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) hat sich Stichworte gemacht bezüglich der Aussagen, die eben gefallen seien. „Wir sind auf einem guten Weg, die Probleme zu lösen“ – er finde es spannend, dass offensichtlich nicht nur die SPD das nicht mitbekommen habe, sondern die Sachverständigen, die die breite Szene der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen abdeckten, hätten das auch alle nicht mitbekommen. Es scheine eines der bestgehüteten Geheimnisse zu sein, wie Schwarz-Grün die Probleme in Nordrhein-Westfalen lösen wolle.

Es sei sogar so weit gegangen, dass von „Aufbruchstimmung“ die Rede gewesen sei. Ja, er nehme auch Aufbruchstimmung bei Beschäftigten wahr. Sie brächen auf, um diesem Beruf den Rücken zu kehren, weil sie nicht die Perspektive sähen, dass es zeitnah hier zu Verbesserungen komme. Offensichtlich werde diese Stimmungslage vollkommen ausgeblendet.

Wenn dann von Wertschätzung die Rede sei und dass man dazu nichts beitragen könnte außer Appellen, dann, glaube er, habe jemand seine Rolle hier komplett missverstanden. Natürlich könne die Politik etwas für finanzielle Sicherheit tun. Ver.di habe

darauf hingewiesen, dass das Inkrafttreten einer KiBiz-Revision zum Kitajahr 2026/2027 deutlich zu spät sei. Das sei nicht nur deutlich zu spät, man wisse auch nicht, in welche Richtung die Landesregierung gehen wolle. Er sei davon überzeugt, dass die Landesregierung selbst nicht wisse, in welche Richtung sie wolle. Er frage, wie das denn den Beschäftigten Wertschätzung und Vertrauen vermitteln solle.

Wenn man jetzt vernünftige Tarifabschlüsse in einer deutlich zweistelligen Größenordnung bekommen werde, die die DGB-Gewerkschaften an der Stelle verhandelt hätten, dann müsse man auf der anderen Seite dafür sorgen, dass es eine Refinanzierung gebe. Ansonsten würden viele freie Träger aus dem Tarifvertrag aussteigen und die Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten, die auch mit zusätzlichem Geld verbunden sei, nicht geben. Dann seien nicht die Arbeitgeber schuld, dann sei es die Politik in Nordrhein-Westfalen schuld, weil man nicht bereit sei, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu geben. Im Übrigen seien nicht alle hier im Landtag schuld, sondern nur die Koalitionsfraktionen.

Nun werde an vielen Stellen gesagt, es wäre schon eine Menge passiert, dann frage er, was denn. In erster Linie seien es doch Absichtserklärungen. Es gebe eine Verlängerung des Kita-Helferprogramms, das keine neue Idee gewesen sei. So etwas habe es in der vergangenen Legislaturperiode auch schon gegeben. An der Stelle gebe es keine Planungssicherheit. Herr Kamieth habe gesagt, man wolle etwas tun bei der Anerkennung ausländischer Fachkräfte. Ja, bring it on! Machen Sie's! Bislang sei an der Stelle wenig bis nichts passiert, außer einem Stellenaufwuchs von 0,15 Stellen in der Bezirksregierung. Trotzdem stapelten sich da die Anträge auf Anerkennung teilweise ein Jahr.

Bezirksregierung Düsseldorf: Anerkennung als Kinderpflegerin mit einem ausländischen Abschluss, durchschnittliche Bearbeitungsdauer: ein Jahr. Wenn das der Anspruch sei, dann werde man an der Stelle mit Sicherheit nicht vernünftig vorankommen.

Dann sei gesagt worden, man bräuchte weniger Meldepflichten. Er frage, ob das heißen solle, dass am besten gar nicht mehr gemeldet werde, wenn es eine personelle Unterdeckung gebe, damit nicht offensichtlich werde, wie groß die Problemlagen seien. Angeblich wäre ja so viel passiert in dieser Legislaturperiode. Ja, eine Personalvereinbarung sei angekündigt, umgesetzt sei sie nicht. Es sei angekündigt worden – das sei übrigens etwas, was die kommunalen Spitzenverbände eindrücklich beschrieben hätten –, dass es neue Förderrichtlinien beim Platzausbau geben solle. Angekündigt sei etwas, umgesetzt sei es nicht.

Er habe eben schon erwähnt, dass das Gleiche bei Sprach-Kitas und Kita-Helfern auch der Fall sei. Er wisse nicht, mit welchen Worten er die Koalitionsfraktionen in die Realität zurückholen solle. Aber wenn sie nicht langsam in der Realität in Nordrhein-Westfalen ankämen, dann werde die Situation für die frühkindliche Bildung nicht besser werden, sondern dann werde sie verheerend werden. Da stehe man nämlich unmittelbar vor einem Kitakollaps, manche würden es auch Bildungskatastrophe nennen.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) führt aus, es stehe außer Frage, dass die Situation in der frühkindlichen Bildung angespannt bis dramatisch sei. Es stehe auch außer Frage, dass sich die Situation verschärft habe, aber nicht gestern erst entstanden sei.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Aber sie muss heute gelöst werden!)

Sie würde sich auch wünschen, dass KiBiz-Reformen schneller gingen. Sie würde sich auch wünschen, dass das eine frühere Landesregierung grundständig gemacht hätte. Zur Wahrheit gehöre auch – in der letzten Legislaturperiode sei eine KiBiz-Reform gemacht worden –, eine grundständige Veränderung habe nicht geklappt. Zumindest habe es mehr Geld durch die Reform gegeben – darüber wolle sie sich nicht beschweren –, aber dass das System grundständig vom Kopf auf die Füße gestellt worden wäre, das sei mit der KiBiz-Reform nicht passiert. Das habe auch die ganze Legislaturperiode gedauert, wobei man wisse, dass man nicht mal eben so vor der Sommerpause noch einmal dieses oder jenes in ein Gesetzesverfahren reinpacken könne – man könne sicher bestimmte Dinge beschleunigen – und dass anschließend daraus eine Liste werde, was man da alles noch schnell reinschieben könnte; man sollte auch nicht den Eindruck erwecken, etwas noch mal schnell eben machen zu können, was man am Ende so nicht halten könne.

Zur Selbstkritik gehöre auch – beide säßen hier seit 2010 –, Rot-Grün habe in ihrer Regierungszeit überhaupt keine KiBiz-Reform auf den Weg gebracht. Das sei die traurige Wahrheit. Es sei in der Tat notwendig, dass man sich anschauen müsse, was nicht nur mit Blick auf die aktuellen Notwendigkeiten getan werden müsse, sondern auch mit Blick darauf, dass man vor der Herausforderung stehe, einerseits Qualität sichern zu wollen und müssen und andererseits Verlässlichkeit sichern zu wollen und müssen. Das müsse man in den kurzfristigen Maßnahmen zusammenbinden, das müsse man auch zusammenbinden bei einer KiBiz-Reform.

Man könne davon ausgehen, dass die Landesregierung die Dinge diskutiere, dass sie die Dinge auf den Weg bringe. Man könne davon ausgehen, dass man das rechtzeitig mit allen Fraktionen, auch öffentlich diskutieren werde, wenn man dann die Punkte habe, was die Grundzüge einer solchen KiBiz-Reform sein könnten. Auch werde man sich auch über die kleinteiligen Maßnahmen unterhalten müssen. Es gebe nicht die One-fits-all-Lösung, es gebe auch nicht die Lösung, die am nächsten Tag die Dinge grundständig verändere. Darüber herrsche hier auch Einigkeit.

Dementsprechend müsse man sich verschiedene Punkte auch tatsächlich anschauen. Einmal gehe es um die Frage der Ausbildung. In den letzten Jahren sei beim Thema „Ausbildung“ etwas vorangegangen. Man brauche immer noch mehr Ausbildungsplätze. Was man auch brauche, was nicht gut funktioniere, sei die Frage des Matching. Wenn auf der einen Seite Menschen keinen Platz bekämen und auf der anderen Seite Plätze nicht besetzt seien, dann stelle sich die Frage, wie das sein könne. Dann müsse man beim Matching besser werden.

Nun sei es so, dass in den letzten Jahren immer mehr Menschen eine Ausbildung in dem Bereich gemacht hätten. Es seien auch immer mehr Menschen in den letzten Jahren in dieses System gegangen. Insgesamt gebe es einen Aufwuchs des Systems. Genauso wahr sei, dass die Ansprüche des Systems und die Anforderung an das

System und das Personal nicht in gleichem Maße gewachsen seien. Das gehöre zur Wahrheit auch dazu. Man müsse die Dinge klar analysieren. Das sei keine neue Erkenntnis. Auch da hätte man schon früher anfangen können. Das werde auch nicht von heute auf morgen gehen. Das sei in der Tat so.

Nun sei man in einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen den öffentlichen, den freien Trägern und dem Land. Alle Maßnahmen, die man jetzt auf den Weg bringe, müsse man in gewisser Art und Weise miteinander abstimmen – entweder einvernehmlich oder im Benehmen. Deswegen sei man auf dem Weg, die Dinge, die vorgeschlagen seien, in weiteren gemeinsamen Arbeitskreisen zu diskutieren. Einerseits lägen viele Vorschläge auf dem Tisch, die vor allem die Betreuung sicherstellen sollten, auf der anderen Seite lägen die Ansprüche auf dem Tisch, die besagten, Betreuung alleine reiche nicht aus; man müsse auch Qualität sichern können.

Jetzt müsse man schauen, was sinnvollerweise in der Akutsituation helfen könne und was sinnvollerweise dann schon den Weg ebnen könne in das, was Marcel Hafke zu Recht beschrieben habe; ja, man müsse in die Diskussion jetzt einsteigen – das Ministerium sei bereits eingestiegen: Was heiße denn eigentlich modularisierte Qualifikation? Jeder sage, dass man das brauche. Jetzt brauche man tatsächlich auch die Curricula dafür, dass es auch eine modulare Qualifikation geben könne. Sonst sei es auch nur eine Überschrift, mit der alle hantieren würden, die man jetzt aber klein arbeiten und hinterlegen müsse. Die Dinge müsse man miteinander besprechen und dann schauen, welche Stellschrauben man drehen müsse.

Mit der Personalverordnung werde die Möglichkeit eröffnet, dass Ergänzungskräfte auch auf Fachkraftstunden eingesetzt werden könnten, weil das eine der zentralen Forderungen von Seiten der Träger gewesen sei und weil das tatsächlich etwas sei, womit man mehr Flexibilität vor Ort in den Einrichtungen schaffen könne. Dann müsse man sich gemeinsam anschauen, wie die Personalverordnung genutzt werden könne, ob es noch mehr Möglichkeiten gebe, wie man gemeinsam den Nutzen verbessern könne, an welchen Stellen Dinge anders angepasst werden müssten. An manchen Stellen fehle es offensichtlich an Informationen, die dann auch in der Breite nicht ankämen. Dieser Hausaufgabe müsse man sich annehmen. Man müsse sie bearbeiten.

Zur Frage der schulischen Ausbildung: Mit dem Aufstiegs-BAföG gebe es die Möglichkeit, auch dort eine Unterstützung für eine schulische Ausbildung zu bekommen. Sie habe letztes mit einer Leiterin eines Berufskollegs gesprochen, die gesagt habe, sie finde es schade, dass das nie Erwähnung finde, weil damit ihr Ausbildungszweig im Vergleich zur praxisintegrierten Ausbildung so dargestellt werde, als gäbe es da gar keine Fördermöglichkeiten. Man müsse sich überlegen, wo manche Informationen ankämen, wo manche Informationen nicht ankämen, wie man das verbessern könne.

Zum Stichwort: Wo werden Überschriften produziert, wo wird tatsächlich was gemacht? Es sei einfach, bestimmte Dinge, die auf der Bundesebene durch die Sozialdemokratie verkündet würden, als etwas ganz Tolles darzustellen. Beim Sondervermögen Bildung habe Frau Esken das auch nicht weiterverfolgt. Sie habe jedenfalls nichts davon gehört. Auch bei der Frage „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“ müsse man besser werden. Alle würden sehen, dass es eine Zumutung für alle Beteiligten sei, wenn das, was man Menschen biete, die man hier aus dem Ausland

gewinnen wolle, ein derartiger Bürokratiewust sei, den man kaum durchblicken könne. Das heiße, man müsse die Verfahren vereinfachen, entschlacken und schauen, dass auf der Seite der Bearbeitenden Möglichkeiten der Entlastung durch Digitalisierung und durch ausreichendes Personal gegeben seien.

Dann müsse man auch darüber diskutieren, wie man das Potenzial derer hebe, die hier bereits im Land seien, statt nur über die Fachkräfteeinwanderung zu sprechen. Da gehe es darum, wie man den Arbeitsmarktzugang für die Menschen erleichtere, die mit ihren Kompetenzen und Potenzialen schon hier seien. Da würde sie sich in den Debatten, die auch vom Kanzler geführt würden, ein bisschen mehr Drive in die Richtung wünschen. Das sei auch nicht passiert.

So könne man sehen, die Diskussion habe nicht die große Lösung zur Folge, die man auf den Tisch legen könne, sondern die Diskussion habe viele Facetten, die alle zu Recht beschrieben hätten, die alle zu Recht klein gearbeitet werden müssten. Zur Wahrheit gehöre auch, dass man einen Maßnahmenkatalog brauche, mit dem man versuchen müsse, die Dinge Schritt für Schritt in die richtige Richtung zu bringen. Sie versuche hier nicht zu suggerieren, man sei auf dem besten Wege, morgen seien die Probleme gelöst. Aber man müsse sich auf den Weg machen – und das geschehe –, dass man die Probleme jetzt tatsächlich angehe und dass man die Probleme jetzt mit denen klein arbeite, die die wichtigen Hinweise geben könnten. Das seien nämlich die Träger der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege. Mit denen müssten gemeinsam Maßnahmen entwickelt werden, wie man Schritt für Schritt weiterkommen könne. Die Situation sei schwierig, was alle im Moment beobachten würden. Das bekomme man zu Recht gespiegelt. Das müsse der Auftrag sein.

Charlotte Quik (CDU) legt dar, sie hätte sich beim Zuhören der Wortbeiträge der Kollegen Maelzer und Müller zusätzlich zu der inhaltsreichen Schokolade den sprichwörtlichen Besen gewünscht. Sie finde es unredlich, wie hier versucht werde, das Bild von 20 Jahren blhender Kita-Landschaft in Nordrhein-Westfalen zu zeichnen, was im vergangenen Jahr urplötzlich gekippt sei. Das schwinde mit. Das halte sie mit Blick darauf, wie man im Sinne von Familien und Kindern in Nordrhein-Westfalen versuche zu arbeiten, für nicht angemessen. Sie würde sich wünschen, dass die Kollegen versuchten, zu einer sachlichen Ebene zurückzukommen und sich tatsächlich am Sachverhalt zu orientieren, statt immer parteipolitische Abrisskanten zu suchen.

In den Worten aller Beteiligten sei deutlich geworden, dass allen hier mehr als bewusst sei, dass man ein manifestes Problem habe. Man müsse aber zugestehen, dass alle mit Hochdruck versuchten, an dieser Problematik zu arbeiten.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) meint, wenn in dieser Runde konkrete Vorschläge gemacht würden – die Anträge von FDP und SPD seien sehr detailliert –, dann werde blumig darum herumgeredet, alle machten ja schon, alle hätten das gleiche Ziel, man wolle ja, das müsse man zur Kenntnis nehmen. Es wäre schön, wenn die Koalitionsfraktionen inhaltlich auf die Punkte eingehen würden. Es wäre wunderbar, wenn man sich darüber unterhalten könne, warum eine stärkere Förderung der praxisintegrierten Ausbildung in Nordrhein-Westfalen nicht erfolge, warum eine Förderung der vollzeitschu-

lischen Ausbildung in Nordrhein-Westfalen nicht erfolge, warum keine zusätzlichen Stellen neben den Alltagshelfern geschaffen würden, um beispielsweise die Einrichtungsleitungen zu entlasten, warum man es nicht schaffe, Funktionsstellen in Nordrhein-Westfalen zu errichten, damit der Beruf auch für diejenigen, die jetzt schon drin seien, attraktiv bleibe. Das wäre alles eine Diskussion wert.

Die Diskussionen, die man mit Schwarz-Grün zu führen habe, seien alle 2 km über der Grasnarbe, bloß nicht ins Detail gehen. Dann würde man Widersprüche erkennen. Der Frau Ministerin könne er eine Sorge nehmen: In dieser Landschaft habe niemand den Eindruck, dass mit dieser Politik die Probleme in kurzer Zeit gelöst seien. Er finde es bemerkenswert, weil die Ministerin sonst immer sehr stark auf Ballhöhe sei, dass die Ministerin jetzt sage, das Aufstiegs-BAföG wäre nicht bekannt genug, darum würden das zu Wenige nutzen. Das sei ein Treppenwitz. Denn in Nordrhein-Westfalen lägen tausende Anträge auf Aufstiegs-BAföG auf Halde in der Bezirksregierung Köln. Das Problem habe Schwarz-Gelb nicht lösen können, in der jetzigen Regierungszeit, in diesem einen Jahr, sei das Problem nicht kleiner, sondern größer geworden.

Man könne sich gemeinsam gerne hier hinstellen und für das Aufstiegs-BAföG werben. Es sei eine gute Entscheidung der Bundesebene gewesen, das einzuführen. Dann müssten aber die Verfahren in Nordrhein-Westfalen funktionieren. Hier sei es so, dass die Antragsteller viele Monate auf ihr Geld warten müssten und dass in der Zwischenzeit welche aus der Ausbildung ausstiegen, weil sie es sich nicht mehr leisten könnten. Das sei ein Versagen der Regierungspolitik, nicht auf parteipolitischer Ebene. Auf parteipolitischer Ebene müsse man zumindest zur Kenntnis nehmen, dass an der Stelle Probleme bestünden und man nicht einfach darauf verweisen könne „macht doch mal Aufstiegs-BAföG!“ Das scheine so ein Mantra zu werden.

In der letzten Legislaturperiode sei es immer Marcel Hafke gewesen, der gesagt habe, 7 Jahre sei nichts passiert. Jetzt komme Frau Ministerin und erzähle, das gehe alles nicht so schnell, die Vergangenheit, Marathon, lange Strecke ... Handeln wäre an der Stelle angesagt. Die Ministerin sage, es sei alles bekannt, man wisse alles. Dann sollte man vielleicht einmal aufhören zu analysieren und anfangen zu handeln.

Die Ministerin sage, die große KiBiz-Revision bekomme man erst 2026 hin. Das nehme er zur Kenntnis. Aber irgendwie müsse man auf Strecke dafür sorgen, dass überhaupt noch irgendetwas in Nordrhein-Westfalen zu reformieren sei und das System in der Zwischenzeit nicht zusammenbreche. Seine Fraktion habe sehr konkrete Vorschläge gemacht, was insbesondere das Thema "Ausbildung" angehe. Die Antwort laute, das sei ja so teuer. Ja, es werde Geld kosten.

Er glaube nicht, dass irgendjemand in diesem Raum davon ausgehe, dass man die Probleme im Kitasystem ohne Geld lösen könne, indem man ein bisschen an der Personalvereinbarung herumschraube, aber ansonsten keine großen Anstrengungen unternehme. Er glaube das nicht, die Beschäftigten glaubten das nicht. Das glaube niemand. Er plädiere dafür, von dieser irrigen Annahme herunterzukommen und zuzusehen, dass endlich das Geld da ins System komme, wo es gebraucht werde.

Frank Müller (SPD) meint, es ehre Kollegin Quik, dass sie sich vor die Regierung werfe. Die Wortbeiträge der Kollegen seiner Fraktion hätten nichts von der Beweihräucherung der letzten Jahre im Blick. Im Blick sei die gegenwärtige Situation. Er halte sich übrigens relativ wenig damit auf, was vor 100 Jahren passiert sei. Damit hielten sich die Fachkräfte vor Ort auch nicht auf. Sie wollten wissen, was komme, und nicht wissen, was gewesen sei. Das habe man sich jetzt zur Genüge gesagt. Das könne man gerne als Protokollnotiz einfach hinnehmen.

Er habe den Verdacht, dass es insbesondere ein Benehmen nicht gebe, das man herstellen könne, nämlich das Benehmen mit dem Finanzminister Nordrhein-Westfalen bei dieser ganzen Angelegenheit. Im Kern sei es das wahre Problem, dass man untereinander kein Benehmen herstellen könne über die Frage, was das alles koste. Wenn man einen Strich darunter mache, komme eine ziemlich große Summe zusammen. Er wolle das an einigen Beispielen deutlich machen.

Zum Thema BAföG: Es gebe auch Menschen, die keinen Anspruch auf BAföG hätten, auch aufs Aufstiegs-BAföG nicht. Es gebe aber Menschen, die sich überlegen würden, welchen Beruf sie ergreifen wollten. Da kämen zwei, drei oder vier in die engere Auswahl. Dann habe man eine solche Entscheidung zu treffen, auch mit Blick auf die Frage, wo man ein Ausbildungsgehalt bekomme. Das mache man dann. Da sei man mit der schulischen Ausbildung an der Stelle nicht konkurrenzfähig, auch wenn es da Interessierte gebe.

PiA sei in der Summe nur begrenzt möglich, weil man auch vor Ort in den Einrichtungen PiA-Auszubildende begleiten müsse. Das koste Zeit, Zeit – das habe man in diesem Raum mehrfach festgestellt –, die sehr wertvoll sei, weil sie ohnehin auf eine Situation vor Ort treffe, in der viele schon gar nicht mehr wüssten, wo hinten und vorne sei, weil einfach keine Zeit mehr sei, sich zu kümmern.

Die Weiterqualifizierung koste auch Geld. Die koste nicht Geld, weil man die Weiterqualifizierung irgendwie bezahle, sondern weil man vielleicht auch Kinderpfleger und -pflegerinnen freistellen müsse, weil sie Zeit und Raum bräuchten. Auch das müsse kompensiert werden. Er frage, ob sich alle bewusst seien, welche Möglichkeiten die Träger eigentlich hätten, Personalreserven dafür vorzuhalten. Das sei gleich null. Wenn die Träger dann Ausfälle kompensieren müssten, dann gebe es einen wunderbaren Markt ähnlich wie in der Krankenpflege – Gott sei Dank! noch nicht ganz so schlimm bei den Erzieherinnen und Erziehern wie in der Krankenpflege –, dass sie dann auf Dienstleister zurückgreifen müssten, was ein Vielfaches von dem koste, was sie ohnehin an Gehältern zahlen würden. Da treffe die Parlamentstheorie auf eine ganz konkrete Praxis.

Deswegen sei seine Fraktion an vielen Stellen so wütend. Er erinnere an Wortmeldungen im Plenarsaal – die habe er sich gut gemerkt –: „Wir sind nicht Arbeitgeber. Das sind die Träger.“ Es werde suggeriert, die Träger stünden im Weg, die könnten, wenn sie wollten. Nein, sie könnten nicht, weil sie limitiert seien und weil es kein zusätzliches Geld gebe. Da brauche man auch nicht über eine komplette KiBiz-Revision zu sprechen, die sich alle wünschen würden, die Zeit, Diskussionen und Gespräche brauche. Es sei aber sehr viel an kurzfristigen Maßnahmen möglich, die man ergreifen könnte, die aber am Ende Geld kosteten. Diesen Schwur würden die Koalitionsfraktionen am

Ende mit dem nächsten Haushalt leisten müssen. Die Zeit laufe gegen die Regierung, sie laufe schnell, insbesondere mit Blick auf die guten Tarifabschlüsse.

Er habe sich sehr über die Tarifabschlüsse gefreut. Sie lösten gleichzeitig bei den Trägern Konsequenzen aus. Wenn ein Träger die nicht aufrufe, machten sich die Fachkräfte auf den Weg zum nächsten Träger, weil es ein Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmermarkt geworden sei, was gut sei. Das führe zu dieser Zwangsläufigkeit, dass die Kosten davonliefen. Wenn man nicht bereit sei, kurzfristig zu handeln – das gehöre nicht zum Marathon, das müsse man jetzt machen –, habe man verlorene Monate vor sich. Die hole man mit vielen anderen Maßnahmen, selbst mit einer gelungenen KiBiz-Reform, nicht mehr auf.

7 Schaffung eines Landesbetroffenenrats und Landesbeauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4023

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4231

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/4023 an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Rechtsausschuss und den Hauptausschuss am 03.05.2023)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) beantragt namens seiner Fraktion eine Anhörung. Über die Modalitäten könne man sich in der Obleuterunde unterhalten.

Die SPD-Fraktion beantragt eine Anhörung.

8 Vorstellung des Kinder- und Jugend-Förderplans 2023-2027: Kinder und Jugendliche bestimmen mit – jungen Menschen mehr Perspektiven geben

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/529
Vorlage 18/1199

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann teilt mit, der AFKJ als zuständiger Fachausschuss des Landtags sei bereits in der Phase der Aufstellung des neuen Kinder- und Jugend-Förderplans 2023-2027 zu beteiligen. Das Eckpunktepapier des Ministeriums sei seinerzeit als Vorlage 18/529 verteilt worden.

Gemäß § 9 Abs. 4 des Dritten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugend-Fördergesetzes solle bei der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans auch das Benehmen mit dem zuständigen Ausschuss hergestellt werden. Der Entwurf des Plans sei als Vorlage 18/1199 zugeleitet worden.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) trägt vor:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich im Ausschuss den finalen Entwurf des neuen Kinder- und Jugendförderplans für diese Legislaturperiode vorlegen kann. Wie Frau Vorsitzende gerade gesagt hat, ist das Eckpunktepapier bereits im letzten Dezember vorgestellt worden und durch den Kreis hier, aber auch durch die Träger goutiert und positiv aufgenommen worden.

Unter dem Titel „Kinder und Jugendliche bestimmen mit – jungen Menschen mehr Perspektiven geben“ hat mein Haus das Eckpunktepapier zum neuen Kinder- und Jugendförderplan für diese Legislaturperiode weiterentwickelt. Zur Weiterentwicklung gehört auch, dass das in einem partizipativen Prozess entstanden ist, an dem sowohl die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe beteiligt waren wie, um ein paar Beispiele zu nennen, auch weitere Beteiligungsformate mit jungen Menschen in unterschiedlichen Settings – von Queerer Jugend über Mädchenarbeit, Gespräche in Jugendzentren etc. –, sodass wir die Stellungnahmen und Anregungen in den Kinder- und Jugendförderplan einarbeiten konnten.

Dementsprechend heißt der Kinder- und Jugendförderplan nicht nur „Kinder und Jugendliche bestimmen mit“, sondern es war uns wichtig, dass Kinder und Jugendliche an der Erarbeitung dieses Kinder- und Jugendförderplans in einem gewissen Maße beteiligt waren.

Das Kabinett hat den vorgelegten Entwurf des Kinder- und Jugendförderplans am 28.03.2023 bereits gebilligt und ihm und damit auch den Schwerpunkten, die mit dem Kinder- und Jugendförderplan vorgelegt werden, zugestimmt. Es ist gesetzlich vorgesehen, dass die Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans im Benehmen mit dem zuständigen Ausschuss des Landtages, also mit Ihnen, erfolgt. Hierfür wurde Ihnen der Entwurf des Kinder- und Jugendförderplans sowie die neue Positionsübersicht mit den Förderansätzen für 2023 am 05.05.2023 zugesandt. Wie Sie

sehen können, haben wir die Grundstruktur des Kinder- und Jugendförderplans beibehalten, weil die sich in dieser Art und Weise auch bewährt hat und bereits mit dem Eckpunktepapier und den Förderpositionen zur Integration struktureller Maßnahmen, Prävention sexualisierter Gewalt vorgestellt wurde, genauso die neue Förderposition „Mentale Gesundheit, Resilienz und Bewegungsförderung.“

An der Stelle ist mir wichtig zu betonen, diese Förderposition besagt: Wir wollen aufnehmen – das wurde von jungen Menschen zurückgemeldet –, dass das für sie ein wichtiges Thema ist – nicht erst, aber vielleicht noch mal mehr seit der Coronapandemie. Damit wollen wir ermöglichen, dass hier Projekte auch aufgesetzt werden können. Aber – das ist mir wichtig – insgesamt ist es für die Resilienz, für die Gesundheit, das ganzheitliche Wohlbefinden junger Menschen wichtig, dass wir eine stark aufgestellte Infrastruktur, eine stark aufgestellte Kinder- und Jugendarbeit haben im Bereich der offenen Jugendarbeit, im Bereich der Jugendverbandsarbeit, weil wir in der Pandemie deutlich vor Augen geführt bekommen haben, was passiert, wenn die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen eingeschränkt werden.

Das bezog sich nicht nur auf Schule – auch das ist wichtig –, aber auch die Frage „Kann ich in meinem gewohnten Lebensumfeld in mein Jugendzentrum gehen, habe ich die anderen jungen Menschen um mich herum, die ich für gelingendes Aufwachsen, für gelingende Entwicklung beispielsweise in der Jugendverbandsarbeit brauche? Kann ich da weiter meine Entwicklung so vollziehen?“ Deswegen ist mir wichtig zu betonen: Ja, es ist eine Förderposition, um dieses Thema sichtbarer zu machen, um die Möglichkeit zu eröffnen, dass man dort neue Projekte an den Start bringen kann. Die Frage guten und gesunden Aufwachsens, die Frage von Resilienz und mentaler Gesundheit bemisst sich auch an einer guten Ausstattung von Kinder- und Jugendarbeit insgesamt. Deswegen bin ich froh, dass wir mit dem Kinder- und Jugendförderplan umfassend die Kinder- und Jugendarbeit fördern können und entsprechend gute Ansätze insgesamt finden konnten.

Weitere Schwerpunkte sind beispielsweise der Bereich Mitbestimmung, Partizipation und politische Bildung. Ich glaube, das trägt auch den Debatten, die junge Menschen in die allgemeingesellschaftlichen Debatten tragen, Rechnung. Darüber hinaus wird auch dem Wunsch nach Anwendung eines intersektionalen Ansatzes im ganzen vierten Förderbereich nachgekommen: Junge Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit sehen und fördern, Projekte finanziell unterstützen, die junge Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit sehen und fördern. Das ist auch etwas, was uns die jungen Menschen selber zurückgemeldet haben, dass nämlich die Frage, wie junge Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit gesehen und gefördert werden können, ein ganz wichtiger Schwerpunkt ist.

Insgesamt gibt der vorliegende Textentwurf des neuen Kinder- und Jugendförderplans mit der von uns ausdrücklich gewünschten Ausrichtung „Kinder und Jugendliche bestimmen mit – jungen Menschen mehr Perspektiven geben“ einen fachlich fundierten Überblick zu den Zielen und Aufgaben der Kinder- und Jugendförderung in Nordrhein-Westfalen. Dementsprechend freue ich mich, dass wir diesen Kinder- und Jugendförderplan so auf den Weg bringen können. Ich freue mich, dass wir an bewährten Kontinuitäten anknüpfen können, was das Instrument angeht, was eine

bewährte Struktur angeht, was aber auch die bewährte Dynamisierung angeht, und dass wir an der einen oder anderen Stelle tatsächlich neue Impulse setzen können. Mir ist wichtig zu sagen, dass das zwar ein zentrales Element der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen ist, dass ich aber glaube, dass wir auch im Koalitionsvertrag an der einen oder anderen Stelle verabredet haben, insbesondere wenn es um Jugendbeteiligung geht, weitere Instrumente zu entwickeln.

Ich glaube, es steht uns allen gut zu Gesicht – so habe ich diesen Ausschuss in der letzten und vorletzten Legislaturperiode immer verstanden –, dass wir die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen nicht nur wertschätzen, sondern gemeinsam und partizipativ nach vorne bringen. Dementsprechend freue ich mich, dass wir das so auf den Weg bringen konnten. – Herzlichen Dank.

Christin Siebel (SPD) bedankt sich für die Erläuterungen. Natürlich sei – das sei in den Wortmeldungen deutlich geworden – die Dynamisierung ein guter und wichtiger Schritt, damit Jugendarbeit weiterhin bestehen und sich an den aktuellen Herausforderungen orientieren könne.

Letztendlich gerate weniger Geld an die Träger, auch aufgrund dessen, dass neue Felder geschaffen worden seien. Das sehe ihre Fraktion kritisch. Sie freue sich, dass der Bereich der mentalen Gesundheit auch Beachtung finde. Das sei ein sehr wichtiger Schritt, der in verschiedenen Ausschüssen, auch im Plenum schon diskutiert worden sei. Allerdings wünsche sich ihre Fraktion einen erkennbaren Weg im Bereich Schule und Jugendhilfe gemeinsam.

Unter TOP 2 sei das Thema „Aufholen nach Corona“ angesprochen worden. In der Vergangenheit habe die Ministerin gesagt, dass die Mittel des Programms in Zukunft in den Kinder- und Jugendförderplan einfließen sollten. Das habe sie so nicht erkennen können. Vielleicht könne die Ministerin detailliert ausführen, inwieweit die vorherigen Mittel da nun Beachtung fänden. Abschließend bedanke sie sich, dass sich die Ministerin explizit für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an der Politik einsetze. Da hoffe sie jetzt auf eine schnelle Umsetzung.

Marcel Hafke (FDP) bedankt sich für die Vorstellung. Er schicke voraus, dass er etwas unglücklich über das Verfahren sei. Es sei unüblich, dass vor der Einbringung in den Ausschuss, der das ja nicht nur zur Kenntnis nehme, sondern auch das Benehmen herstelle, eine Pressekonferenz zur Vorstellung stattfinde. Grundsätzlich sei es gut, dass man die Inhalte der Öffentlichkeit präsentiere. Seines Erachtens nach wäre es der richtige Weg gewesen, das Ganze erst im Ausschuss vorzustellen. Er habe sich schon etwas geärgert, weil es damit keine Möglichkeit mehr gebe, den Diskurs vor einer medialen Diskussion hier zu führen.

Er finde es auch schade, dass es relativ lange gedauert habe, bis das Thema den Ausschuss erreicht habe. Insbesondere sei es schon am 23. März im Kabinett gewesen, dann habe es auch Sitzungen dazwischen gegeben. Nichtsdestotrotz sei er froh, dass der Ausschuss jetzt darüber spreche. Er finde es gut, dass der Kinder- und Jugendförderplan eine Fortschreibung dessen sei, was seit vielen Jahren über verschiedene Regierungskoalitionen hinweg erprobt und umgesetzt worden sei, dass die Dynamisierung

enthalten sei. Das sei seines Erachtens ein sehr wichtiger Baustein für die nächsten fünf Jahre. Das wolle er an dieser Stelle auch loben. Da seien auch ein paar Punkte drin, die seine Fraktion sehr gut finde. Das Thema „Kinderschutz“ sei enthalten, auch eine Weiterentwicklung. Nicht nur die Punkte aus dem Kinderschutzgesetz, sondern auch weitere Punkte seien aufgenommen worden. Das sei genau richtig.

Er bitte bei einigen Dingen um Erläuterung bzw. auch eine Einordnung. Er wisse, dass die Positionen untereinander deckungsfähig seien. Er finde es bemerkenswert, dass Punkt 5.1 – Kinder- und Jugendarbeit in kommunalen Bildungslandschaften – so dramatisch reduziert worden sei. Das hätte man auch weiter fortschreiben und mit weiteren Förderungen hinterlegen können. Das würde ihn schon interessieren, weil insbesondere unter TOP 2 dieser Sitzung der Aspekt intensiv diskutiert worden sei, die Stärkung vor Ort vorzunehmen.

Einen anderen Punkt habe Frau Ministerin angesprochen, unter 6.2 das Thema Gesundheit nach Corona. Er frage, warum die Mittel aus Aufholen nach Corona nicht dort im Kinder- und Jugendförderplan verstetigt worden seien.

Zum Thema „Gesundheit“: Er finde, der Ansatz sei vollkommen richtig, aber es stecke mehr Symbolik dahinter. Mit knapp 800.000 Euro werde man relativ wenig Effekte erzielen. Es sei schön und gut, dass man das mache. Das werde aber, wie gesagt, nicht reichen. Das Tragische am Kinder- und Jugendförderplan sei, dass man die nächsten fünf Jahre dem Grunde nach nicht aufsattelle. Das heiÙe, das sei dann so. Da müsse man sich schon überlegen, wie man das in den nächsten Jahren flankierend weiter unterstützen wolle. Die Zeit, die Kinder und Jugendliche während Corona gelitten hätten mit den mentalen Problemen, die Folgen seien, werde noch länger andauern. Er hoffe, dass die Landesregierung im nächsten Haushalt andere Maßnahmen entsprechend ergreifen werde.

Ein Punkt, der deutlich zurückgefahren worden sei, sei der Umgang mit Schulungen, Weiterbildung, Qualifikation im Bereich Digitalisierung, aber auch der Umgang mit den digitalen Medien und den Gefahren von digitalen Medien. In der Kinderschutzkommission sei ein paar Mal darüber gesprochen worden. Er glaube, dass es ein guter Ansatz gewesen wäre, das Thema „Gewalt im digitalen Raum“ hier auch noch einmal mit abzubilden.

Nun gebe es die Diskussion über Struktur- und Projektmittel. Mit den Projekten solle ja die Kreativität auch bei den Verbänden und Trägern gefördert werden, neue Ideen zu entwickeln. Er hätte sich gewünscht, da stärker reinzugehen und dort die Mittel zu verstetigen und zu erhöhen, um den Kinderschutz, den Jugendschutz nach vorne zu bringen. Da sei seines Erachtens eine Chance vertan worden.

Von daher Licht und Schatten: Es sei gut, dass es eine Fortschreibung gebe. Einige gute Punkte seien enthalten. Bei vielen gehe es mehr um Symbolik, andere Punkte würden leider fehlen. Vom Verfahren her würde er sich bei solchen Punkten tatsächlich wünschen, dass man damit parlamentarisch in Zukunft anders umgehe.

Dagmar Hanses (GRÜNE) gibt an, sie habe gestern die Pressemitteilung der FDP gelesen. Das, was Herr Hafke gerade vorgetragen habe, sei angedeutet worden. Diese

Pressemitteilung habe sie irritiert, weil die Eckpunkte des Kinder- und Jugendförderplans von der Ministerin bereits am 15. Dezember hier vorgestellt worden seien. Vom 15. Dezember bis jetzt wäre zum einen die Möglichkeit gewesen, das Gespräch mit den Fraktionen, mit dem Ministerium zu suchen. Bekannt sei, dass es ein gemeinsames Anliegen sei.

In der Aussprache nach der Einbringung der Ministerin am 15. Dezember habe es zahlreiche Wortmeldungen gegeben. Kollegin Siebel habe sich gemeldet, Kollege Kamieth habe sich gemeldet. Die einzige demokratische Fraktion, die sich zu dem TOP nicht gemeldet habe, sei die FDP-Fraktion gewesen – so weit, so gut.

Was das Herstellen des Benehmens angehe, so stehe die Form der Beteiligung im Ausführungsgesetz SGB VIII – Kinder- und Jugendförderungsgesetz. Wenn man auf die Homepage des MKJFGFI schaue und sich den aktuellen Kinder- und Jugendförderplan anschau, sehe man, da stehe, dass die Landesregierung ihn im Februar 2018 beschlossen habe, nicht das Parlament.

Wenn man ein anderes Verfahren wolle, müsse man darüber reden. Aber das jetzige Verfahren, das Herr Hafke jetzt kritisiere, sei gängige Praxis und gesetzlich festgelegt. Wenn Herr Hafke etwas anderes wolle, müsse er das sagen. Das sei der Rahmen, wie er geübte Praxis seit vielen Jahren sei.

(Marcel Hafke [FDP]: Dass die Ministerin vorhin an die Presse gegangen ist, habe ich kritisiert!)

Zum Inhalt: Jetzt stünden 140 Millionen Euro für den schönsten Bereich der Welt, für die verbandliche Jugendarbeit, offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, landesweite Träger, Jugendbildungsstätten, die Qualifizierung von Freiwilligendienst, für tolle Projekte mit besonderen Schwerpunkten, in die alles reinpassen könne, zur Verfügung.

Sie frage Frau Siebel, an welcher Stelle sie eine Kürzung sehe. Zum einen sei ja in der Tat alles untereinander deckungsfähig. Was die Bildungslandschaften angehe, sei es so, dass die Gelder in der Höhe nicht abgerufen worden seien. Es sei wichtig, dass Träger, Verbände und Einrichtungen Planungssicherheit hätten. Die Dynamisierung der Vorgängerregierung sei ein sinnvolles Instrument. Die Digitalisierung sei selbstverständlich im Fachbereich III enthalten. Dort gebe es Projekte zur Digitalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe oder digitale Jugend- und Medienarbeit. Das, was in der Tat neu sei, habe die Ministerin mit mentaler Gesundheit beschrieben, auch sei die Qualifizierung und Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten integriert worden. Das begrüße ihre Fraktion ausdrücklich.

Viele Formulierungen seien auf dem Stand der Wissenschaft und so, wie es gelebte Praxis in Nordrhein-Westfalen sei, beispielsweise die Intersektionalität. Neue Formulierungen seien aufgenommen worden beispielsweise, dass Angebote auch Themen von Nachhaltigkeit, Klima, Digitalisierung berücksichtigen sollten. Sie begrüße das ausdrücklich und freue sich, dass mit diesem Kinder- und Jugendförderplan in den nächsten Jahren viel Gutes ermöglicht werde.

Jens Kamieth (CDU) führt aus, nachdem Dagmar Hanses zum Kinder- und Jugendförderplan gesprochen habe, bleibe erfahrungsgemäß nicht mehr so ganz viel übrig. Die CDU schließe sich den Ausführungen ausdrücklich an. Er halte fest, dass das wichtigste Instrument der offenen Kinder- und Jugendarbeit hiermit vorliege und dass es da, wo es sich bewährt habe, gut weiterentwickelt worden sei. Im Detail sei es etwas erweitert worden, weil die Welt sich weiterdrehe und man insbesondere durch Corona gesehen habe, dass man im Bereich Resilienz, mentale Gesundheit mehr machen müsse.

Er sei dankbar für die Diskussion bisher. Er habe das Wohlwollen und auch die positive Kritik von Frau Siebel und von Marcel Hafke wahrgenommen. Weil es ein sehr guter Plan sei, falle es schon etwas schwer, die Nadel im Heuhaufen zu finden. Marcel Hafke habe es versucht mit der Kürzung einer Position. Er wolle dem Ministerium nicht vorausgreifen. Wenn er es richtig sehe, sei das Folge davon, dass in dem Bereich nur ein Bruchteil dessen, was veranschlagt worden sei, abgerufen worden sei und der jetzige Ansatz noch 50 % über dem liege, was in der Vergangenheit abgerufen worden sei.

Im Ergebnis handele es sich um einen guten Leitfaden, ein gutes Finanzierungskonzept. Es sei gut weiterentwickelt worden und in einem partizipativen Weg in Abstimmung mit den Jugendlichen auf den Weg gebracht worden. Das finde er auch klasse. Als Politikerin, als Politiker dürfe man auch mal zurückstecken und sich freuen, wenn erst mit Kindern und Jugendlichen gesprochen werde. Wenn dann ein Teil der Kritik das Verfahren betreffe, das man vorher mit der Presse besprochen habe, dann, glaube er, sei man auch an diesem Punkt auf einem guten Weg.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) betont, der Landtag sei am 05.05., am Freitag, informiert worden. Da sei der Kinder- und Jugendförderplan dem Landtag überstellt worden. Erst danach habe ihr Haus, habe sie die Presse informiert. Die Eckpunkte seien bereits vorher in diesem Ausschuss mitdiskutiert worden. Selbstverständlich könne man über solche Fragen trotzdem diskutieren. Es sei nicht unüblich, dass der Kinder- und Jugendförderplan überstellt werde, dann die Benennung herstellung erfolge und zwischendurch auch eine öffentliche Information für etwas erfolge, was durch die Überstellung an den Landtag sowieso öffentlich sei.

In der Debatte zeige sich, dass man sich traditionell ein bisschen schwertue, eine größere inhaltliche Auseinandersetzung über die Kinder- und Jugendpolitik in diesem Ausschuss zu führen. Das sei eine gute Nachricht. Dass man traditionell große Übereinstimmung habe, zeige vor allem, dass sich Kinder und Jugendliche im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik absolut darauf verlassen könnten, dass sie die Rückendeckung der demokratischen Fraktionen dieses Hauses hätten, wobei man sich oftmals auch gemeinsam mit den Verbänden, mit jungen Menschen um Weiterentwicklung bemühe.

An dieser Stelle seien bestimmte Maßnahmen im Kinder- und Jugendförderplan vorgenommen worden, die auf Rückmeldungen der jungen Menschen basieren würden, um etwa die Frage der mentalen Gesundheit aufzugreifen. Dass das nun nicht in der Lage sei, alle Fragen mentaler Gesundheit, auch die Erfordernisse von Therapie-

angeboten umfassend zu erfassen, sei auch klar. Hier solle ein erster Schritt gegangen werden, um zu ermöglichen, dass Projekte dort gemacht werden könnten. Sie glaube, es sei vor allem wichtig, dass junge Menschen ihre Infrastruktur, ihre Freiräume, Möglichkeiten der Selbstwirksamkeit und Selbstgestaltung insgesamt in der Kinder- und Jugendarbeit hätten.

Weitere Punkte würden hier als Schwerpunkte aufgegriffen, weil es auch Rückmeldungen der jungen Menschen gegeben habe: Das sei die Frage der Diversität, das sei die Frage von Demokratiebildung, politischer Bildung, Beteiligung. Jungen Menschen sei das wichtig. Von den Jugendverbänden sei das goutiert worden. Das, was man hier in diesem Kreise gemeinsam für wichtig halte, sei, dass Mittel aus dem Landeskinderschutzgesetz tatsächlich in den Kinder- und Jugendförderplan integriert worden seien, weil Kinderschutz ein wichtiger Punkt ist, insgesamt und gerade in der Kinder- und Jugendarbeit. Deswegen finde sie es wichtig, dass man dort gemeinsam dieses Themenfeld strukturell weiterentwickle, indem man das dort integriere.

Was das Sondervermögen bzw. das Aufholen nach Corona angehe, so habe sie immer gesagt, man werde die Fragen, die sich nach Corona ergäben, mit in die Erarbeitung des Kinder- und Jugendförderplans übernehmen. Dass aber Mittel, die aus dem Sondervermögen bzw. aus einem Bundesprogramm einmalig zur Verfügung gestellt worden seien, nicht hätten mitintegriert werden können, das sei im Grunde genommen klar. Es seien Sondermittel aus dem Sondervermögen sowie Bundesmittel gewesen, die auch nicht der dauerhaften strukturellen Finanzierung gedient hätten. Dementsprechend sei es wichtig, dass man an der Stelle bestimmte inhaltliche Impulse aufgenommen habe und dass man auch weiterhin einen finanziellen Aufwuchs im Kinder- und Jugendförderplan dadurch habe, dass die Dynamisierung fortgeschrieben werde. Das biete inhaltliche Verlässlichkeit, aber vor allem auch finanzielle und strukturelle Verlässlichkeit.

Christin Siebel (SPD) merkt an, für den Fachbereich 6.2 – NEU Gesundheit/Resilienz/Bewegungsförderung seien keine zusätzlichen Mittel eingesetzt worden, sondern die Mittel seien aus dem bestehenden Topf mit eingegangen.

Frank Müller (SPD) legt dar, in einer der letzten Sitzungen habe der Ausschuss über das Aufholen nach Corona insgesamt gesprochen. Er erinnere sich, dass Frau Ministerin gesagt habe, dass die Mittel 1:1 ...

(Ministerin Josefine Paul [MKJFGFI]: Das habe ich nie gesagt!)

– Er habe es im Ohr gehabt, als habe man in dieser Sitzung den Eindruck erwecken wollen, als würde man die Mittel, die jetzt ausgelaufen seien, dort wiederfinden. Es sei über das Aufholen nach Corona und die Maßnahmen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, in der Jugendverbandsarbeit gesprochen worden. Die Ministerin habe gesagt, das habe sie so nicht gesagt. Vielleicht könne sie aufklären, was sie gesagt habe.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) möchte das so nicht stehen lassen. Das, was Herr Müller verstanden habe, könne selbstverständlich so stehen bleiben, weil sie ja

nicht beeinflussen könne, was Herr Müller verstehe. Sie stelle klar, was sie gesagt habe. Es sei um die Frage gegangen, welche inhaltlichen Punkte sich in der Neuaufstellung des Kinder- und Jugendförderplans wiederfinden. Dass ausgelaufene Bundesmittel durch den Bund nicht weitergeführt würden, sei okay. Es sei ja so angelegt gewesen. Dann könne natürlich die Erwartung nicht automatisch befriedigt werden, die vielleicht mit der Art, wie Herr Müller es verstanden habe, verbunden sei. Dass das Land das kompensiere, sei auch klar. Die anderen Mittel, die in dem Bereich gewesen seien, seien Mittel des Sondervermögens gewesen. Auch da seien die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen bekannt.

Frank Müller (SPD) bedankt sich für die Klarstellung. Er wolle rekapitulieren, ob er die Ministerin jetzt richtig verstanden habe. Es sei um die inhaltliche Ausrichtung des KJFP gegangen, nicht um die finanzielle Überleitung ausgelaufener Mittel. Er hole die Debatte zurück. Seinerzeit sei es explizit darum gegangen, dass zum Beispiel das MSB aus Landesmitteln einige Förderungen bis zum Ende des Schuljahres verlängert habe. Genau diesbezüglich sei die Debatte an dieser Stelle angestoßen worden. Vielleicht sei dieses Missverständnis so entstanden, dass man das nicht nur auf die Inhalte, sondern auch auf die Finanzen bezogen habe, wobei er sich den Hinweis erlaube, dass Inhalte ohne Finanzen manchmal auch sportlich sein könnten.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) erwidert, ausgelaufene Mittel zu überführen, sei immer ein bisschen schwierig. Der Charakter ausgelaufener Mittel sei, dass sie ausgelaufen seien. Das müsse man an der Stelle zur Kenntnis nehmen. Auch wenn sie sich sehr wünschen würde, dass sich das Füllhorn von Sondervermögen und Bundesmitteln weiterhin über das Land ergießen würde, sei es leider so nicht gekommen. Dementsprechend habe man den Rahmen dessen, was es an Aufwachsen im Kinder- und Jugendförderplan gebe. Sie seien jetzt nicht komplett kompensatorisch für die ausgelaufenen Mittel aus Sondervermögen und Bundesmitteln eingesetzt, aber sie beschreiben eine weitere kontinuierliche Linie des Aufwuchses im Kinder- und Jugendförderplan.

Das werde nicht alle zufriedenstellen, weil man sich immer wünschen würde, dass alles viel mehr wäre. Das würde sie sich auch im Sinne der Kinder und Jugendlichen wünschen. Aber sie sei schon sehr froh, dass man sich darauf verständigt habe – es sei eine gute Kontinuität aus der letzten Legislaturperiode – fortzusetzen, dass es eine Dynamisierung im Kinder- und Jugendförderplan gebe, dass nicht nur die Finanzierung sichergestellt sei, sondern dass sie kontinuierlich aufwachse.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) hält fest, sein Kollege Müller habe sicher manche Punkte richtig verstanden. Man sei hier übergreifend sehr nah beieinander. Natürlich diskutiere man die Sachen auch bezüglich eines Vorgehens, das dann nicht so gut gelaufen sei. Wenn man darüber spreche, wie die Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen ausgestaltet sei, und man bei der normalen Dynamisierung bleibe, die ohnehin in Zeiten, in denen man mit Inflation und der Energiekostenkrise zu kämpfen habe, moderat ausgefallen sei und man gleichzeitig mehr Anforderungen an die Jugendverbandsarbeit stelle, dann sollten sie also mit bestehenden Mitteln nach Corona aufholen, was jetzt

nicht mehr zusätzlich durch Bundesmittel finanziert werde. Das Land sehe sich nicht in der Verantwortung, dass die Kinder und Jugendlichen nach Corona aufholen könnten. Das sollten sie aus den normalen Mitteln stemmen. Dann gebe es neue Positionen, Resilienz solle auch aus diesen Mitteln bezahlt werden. Dann habe man auch den berechtigten Punkt Kinderschutzkonzepte drin, den man eigentlich als Add-On verstehen müsste, wenn einem Kinderschutz wirklich wichtig sei. Das sollte man nicht aus bestehenden Mitteln zusätzlich abzweigen. Kritikpunkt einer Oppositionsfraktion sei, dass mit bestehenden Mitteln mehr Aufgaben abgedeckt werden sollten. Es hätte ein deutlich größerer Schluck aus der Pulle erfolgen müssen.

Nun gebe es sicherlich eine große Nähe in diesen Fragen, das bestätige er. Er finde es besonders positiv, dass auch im Sinne der Partizipation viel in diesem Kinder- und Jugendförderplan drin stehe. Er erinnere daran, dass sich die demokratischen Fraktionen auch darauf verständigt hätten, in diesen Fragen auf Landesebene stärker in Richtung einmischende Kinder- und Jugendpolitik gemeinsam etwas zu entwickeln. Es nütze niemandem, wenn man eine schwarz-grüne, rote oder gelbe Jugendpolitik habe, sondern da brauche man eine parteiübergreifende Übereinstimmung.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) will das nicht so stehen lassen, weil es nicht richtig dargestellt sei. Dass überhaupt keine weiteren Mittel hinzugekommen wären, aus denen die Mittel finanziert werden müssten, stimme nicht: Die normale Dynamisierung sei da draufgekommen, aber Herr Maelzer habe den Bereich der Prävention vor sexualisierter Gewalt genannt und gesagt, die Aufgaben nach Landeskinder-schutzgesetz müssten aus den bestehenden Mitteln bezahlt werden. Das sei schlicht und ergreifend nicht so. Da seien zusätzliche Mittel aus den Mitteln des Landeskinder-schutzgesetzes eingesetzt worden, weil sie dort richtig verortet seien.

Zur Klarstellung: Am Ende des Tages seien für die Aufgaben 7,5 Millionen Euro im Kinder- und Jugendförderplan zusätzlich dazugekommen. Sie könne sich auch für viele Dinge immer mehr vorstellen, aber immerhin seien diese Dinge so auch abgebildet worden.

Das Benehmen zur Vorlage 18/1199 ist hergestellt worden.

9 Vor verschlossenen Türen – Personalmangel und Kita-Schließungen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1227

Dr. Dennis Maelzer (SPD) hält es für wichtig, dass der Ausschuss die Entwicklungen in diesem Bereich weiterhin zur Kenntnis nehme. Es sei gut, dass die Zahlen und Fakten geliefert worden seien. Auch sei es gut, dass es künftig zu einer stärkeren Vereinheitlichung kommen solle zwischen LVR und LWL, damit man da auch eine größere Vergleichbarkeit herstelle. Das sei alles wichtig für die Diskussionen, die im Ausschuss geführt werden müssten.

Dagmar Hanses (GRÜNE) hält fest, der Tagesordnungspunkt stehe in jeder Sitzung auf der Tagesordnung. Sie sei ein wenig erleichtert gewesen, als sie die Zahlen gesehen habe. Dass es winterbedingte Krankheitsfälle gegeben habe und dass das jetzt weniger werde, sei eine gute Nachricht. Selbstverständlich müsse man für die beiden Landesjugendämter zu einer Vergleichbarkeit kommen. Im ersten Schritt sei sie angesichts der Zahlen froh, dass es runtergehe.

10 Ene Mene, Muh und wo hilfst du? – Fortsetzung Kita-Helferprogramm (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1234

Dr. Dennis Maelzer (SPD) gibt an, als er diesen Raum kurz vor 11 Uhr betreten habe und diese Tischvorlage gefunden habe, sei sie gefühlt noch warm gewesen. Für gewöhnlich wolle man doch einen anderen Umgang miteinander pflegen, was die Antwort auf Berichtsbitten betreffe. Jetzt könne er sagen, da stehe eh nicht viel drin, das könne man sich auch fünf Minuten vor der Sitzung durchlesen. Das sei aber nicht die Art und Weise, wie das Ganze stattfinden sollte.

Vielleicht könne die Ministerin noch erklären, was denn die geänderten haushalterischen Voraussetzungen seien, die eine Anpassung nötig machten, die das Ministerium bis zum heutigen Tage nicht hinbekommen habe, denn die Mittel für das gesamte Haushaltsjahr 2023 seien beschlossen. Es nütze aber den Trägern nichts, wenn man ihnen erkläre, dass die Mittel beschlossen seien. Sie bräuchten schon eine Möglichkeit, diese Mittel beantragen zu können.

Mittlerweile sei die Situation so, dass man drei Monate vor Ende der Verträge längst erreicht habe, und die Arbeitskräfte, die man dringend im System behalten müsse, sich schon bei der Arbeitsagentur melden müssten und sich voraussichtlich als arbeitslos registrieren lassen müssten. Heute haben der Ausschuss öfter über Wertschätzung gesprochen; das sei mit Sicherheit nicht der richtige Umgang.

Was das Thema „Wertschätzung“ angehe, so habe es ihn auch schon immer unter dem vorherigen Minister aufgeregt, weil er das Gefühl gehabt habe, er habe es nicht verstanden. Anscheinend sei immer noch die gleiche Person im Ministerium unterwegs, die diese Vorlagen schreibe. Wenn dann stehe,

„Neben dieser Verlängerungsoption können die Beschäftigten natürlich auch weiterhin aus dem Budget der Einrichtungen finanziert werden ...“,

dann sei das doch Realsatire. Er bitte, damit aufzuhören, solche Formulierungen in solche Vorlagen reinzuschreiben. Mit solchen Aussagen stoße man den Trägern regelmäßig vor den Kopf.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) räumt ein, die Tischvorlage sei quasi noch warm, weil man daran arbeite. Sie bitte Frau Hamacher, die Abteilungsleiterin, zu erläutern, wie das Kita-Helferprogramm finanziert werde. Natürlich seien sich alle einig, dass es jetzt darauf ankomme, die Menschen im System zu halten. Sie gebe recht, dass das Feststellen der gesetzlichen Möglichkeit, diese Kräfte aus bestehenden Mitteln zu finanzieren, nicht auf viel Gegenliebe im realen Doing treffe.

Nach de jure sei es so möglich. Ob es im Faktischen so sei, sei eine andere Frage. Das ändere auch nichts an der Notwendigkeit, dass man selbstverständlich das

Alltagshelfer*innen-Programm jetzt auf die Straße bringen müsse – die Mittel seien da. Das ändere nichts daran, dass es weiteres Ziel sei, das Programm zu verstetigen.

MDgt'in Lee Hamacher (MKJFGFI) verdeutlicht, wie der Prozess der Erarbeitung der Richtlinie ablaufe, und warum es in diesem Fall anders sei als vorher. Die Alltagshelfer oder Kita-Helfer seien in der Vergangenheit über den Coronarettungsschirm als Billigkeitsleistung finanziert worden. Das habe die Möglichkeit eröffnet, die Förderung nur über Haushaltsgrundsätze auszusprechen. Das sei ein offenes Verfahren, das nicht so strikten Voraussetzungen der LHO und der Verwaltungsvorschriften unterliege wie eine Förderrichtlinie. Das habe man jetzt nicht mehr tun können, weil die Finanzierung der Kita-Helfer nicht mehr aus dem Coronarettungsschirm erfolgen könne.

Das heiße, die Umsetzung der Förderung unterliege den normalen Regelungen einer Förderrichtlinie. Ein Prozess in dieser Art dauere mindestens sechs Monate, weil man diese Förderrichtlinie nicht nur inhaltlich in der Fachabteilung erarbeiten müsse; es müssten bestimmte Verfahren mit den Bewilligungsbehörden abgestimmt werden. Es müsse eine Abstimmung mit dem Haushaltsreferat stattfinden. Wenn das alles durch sei, erfolge die Vorlage an die Hausleitung, und die Förderrichtlinie gehe dann in den Abstimmungsprozess mit dem Finanzministerium.

Nun sei es so, dass das Finanzministerium einen anderen Blickwinkel auf Förderungen habe als ein Fachressort. Da würden dann Diskussionen geführt über die Prüfungstiefe der Verwendungsnachweise etc. Wenn das abgestimmt sei, gehe das Ganze zum Landesrechnungshof, der dann auch wieder eine andere Brille aufhabe und sich genau angucke, ob die Vorschriften der Landeshaushaltsordnung und deren Verwaltungsvorschriften eingehalten seien.

Zu guter Letzt passiere es nicht selten, dass der Landesrechnungshof so massive Änderungen habe, dass man wieder zurück zum Finanzministerium müsse, um die Änderungen wiederum abzustimmen. Zum Schluss werde das Ganze von der Normprüfstelle im Innenministerium gescannt, danach gehe es ins Veröffentlichungsreferat. Das Ganze nehme viel Zeit in Anspruch.

Allen im Haus sei klar, dass es Dringlichkeiten gebe, was das Kitahelferprogramm angehe. Heute seien auch andere Förderrichtlinien angesprochen worden, Sprachkitas und PiA, die genauso dringlich gewesen seien. Dann habe man noch um die 20 Billigkeitsrichtlinien zur Umsetzung des Sondervermögens. Auch da seien die Bereiche betroffen, vor allem bei den Unterstützungsmaßnahmen bei den Energiemehrkosten. Wie gesagt, es gebe bei allen Betroffenen den unbedingten Willen, so schnell wie möglich umzusetzen. Die Einheiten, die man beteiligen müsse, seien endlich. Sie hoffe, da schnell zu einem Ende zu kommen. PiA-K sei verschickt worden. Die Sprach-Kita-Förderrichtlinie sei auch in Kürze fertig.

Frank Müller (SPD) merkt an, heute erlebe man praktisches lebenslanges Lernen. Man lerne in diesem Parlament nie aus, was die Abläufe angehe. Er habe immer gedacht, man schaue dem Finanzminister in die Augen, dann werde das laufen. Offensichtlich sei es ein bisschen komplexer, wahrscheinlich zu aller Zufriedenheit an der Stelle. Er bedanke sich für die Aufklärung. Er frage, an welchem Punkt im Verfahren

man sich befinde und wann man ungefähr mit der Fertigstellung rechnen könne. Es wäre ungünstig, wenn das erst der 01.10. wäre.

Seine zweite Frage knüpfe an die Feststellung an, aus dem Budget der Einrichtung könne das finanziert werden, das rekurre auf die sonstigen Personalkraftstunden. Er bitte, den Erlass den Kolleginnen und Kollegen zuzuschicken, die auch neu dazugekommen seien, weil die Frage der Finanzierung aus Fachkraftstunden in der letzten Wahlperiode auf Erlasswege geklärt worden sei und ihm nicht so ganz klar sei, ob ein solcher Erlass der Diskontinuität unterworfen sei oder ob er fortduere. Er bitte, den Erlass zur Kenntnis weiterzuleiten – für den Fall, wenn der Träger nachweisen könne, er habe da niemanden, dass er dann diese Fachkraftmittel einsetzen könne.

MDgt'in Lee Hamacher (MKJFGFI) erklärt, sie hoffe, dass man in Kürze die letzten Fragestellungen mit dem FM kläre. Dann gehe es zum Landesrechnungshof.

MDgt Dr. Thomas Weckelmann (MKJFGFI) merkt an, der Erlass sei weiter gültig. Man könne ihn gerne noch einmal zur Verfügung stellen. Er erinnere sich gut, dass man das damals in der Coronazeit extra für die Einrichtungen noch mal klargestellt habe, obwohl das grundsätzlich die Gesetzeslage sei.

11 Ohne Moos nix los – Sachstand Kindertagespflegepersonen in NRW *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1198

Marcel Hafke (FDP) macht darauf aufmerksam, dass es schon in der letzten Legislaturperiode Thema gewesen sei, was er für sehr entscheidend halte, nämlich die Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes in ganz Nordrhein-Westfalen in allen Städten im Bereich der Kindertagespflege. Nun habe man die Situation, dass nicht alle Kommunen in vollem Umfang die Regelungen umsetzten – Stichwort Vertretungsregelung, Urlaubsregelung und ähnliches. Das finde in manchen Kommunen intensiver statt, in anderen gar nicht. Seit vielen Jahren habe er als Abgeordneter Rückmeldungen aus unterschiedlichen Gruppen erhalten. Er wolle heute dafür sensibilisieren. Er finde es wichtig, dass die Landesregierung, das Parlament sich einen Weg überlegten, wie man die Kommunen anhalten könne, sich an gesetzliche Vorgaben zu halten.

Für die Tagespflegepersonen seien die Verbesserungen, die im Kinderbildungsgesetz drin gewesen seien, zentral – Stichwort: Arbeitsbedingungen –, dass die vor Ort auch umgesetzt würden. Er bekomme die Rückmeldung aus der Fachszene, dass das bis heute in Teilen des Landes immer noch verheerend sei. Da gebe es verschiedene Verbände, Netzwerke, die Übersichten erstellt hätten und mit den Kommunen immer wieder im Gespräch seien. Er würde empfehlen, sich das Thema auf jeden Fall noch einmal anzuschauen. Da seien alle in Verantwortung, dass die Gesetzeslage auch umgesetzt werde. Das Appellieren an die Kommunen sei schwierig, wenn Gesetzeslagen nicht eingehalten würden.

12 Verschiedenes

a) **Verwaltungsvereinbarung über die Nutzung des von der L-Bank entwickelten Online-Antrags auf Elterngeld in Nordrhein-Westfalen**

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann merkt an, der Landtag sei durch die Landesregierung mit Vorlage 18/1202 über die Verwaltungsvereinbarung informiert worden. Durch den Präsidenten sei diese gestern mit der Unterrichtung Drucksache 18/4295 federführend an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und zur Mitberatung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung und den Ausschuss für Heimat und Kommunales zugewiesen worden. Sie frage, ob es Einwendungen gegen diese Verwaltungsvereinbarung gebe.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) hält fest, die Vereinbarung habe den Ausschuss sehr kurzfristig erreicht. Aus seinem Arbeitskreis sei ihm gespiegelt worden, dass das offensichtlich nur an die Obleute gegangen sei, nicht an alle Mitglieder des Ausschusses. Zumindest hätten es nicht alle zur Kenntnis nehmen können.

(Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI): Wir haben es an den Landtag versandt!)

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann gibt an, die Vereinbarung sei an alle verteilt worden. Die Alternative sei, dass man es heute gar nicht behandle. Die Obleute hätten eine E-Mail bekommen. Die Verteilung für den Ausschuss erfolge über das OPAL-System. Damit sei es allen zugegangen. Sie frage, ob es Einwände gegen diese Verwaltungsvereinbarung gebe.

Der Ausschuss erhebt keine Einwände gegen diese Verwaltungsvereinbarung.

b) **Entwurf des Änderungsvertrages zum „Vertrag zur Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz – KiQuTG)“**

Der Landtag sei durch die Landesregierung mit Vorlage 18/1218 über die Verwaltungsvereinbarung informiert worden. Durch den Präsidenten sei diese gestern mit der Unterrichtung Drucksache 18/4296 zugewiesen worden. Sie frage, ob es Einwände gegen diese Verwaltungsvereinbarung gebe.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) erklärt, mit dem Verfahren sei seine Fraktion nicht einverstanden. Gestern Mittag sei das übersandt worden. Das sei eine Vorlage mit weit über 70 Seiten. Alle hätten in der Zwischenzeit Termine wahrnehmen müssen. Ausgerechnet die Umsetzung eines Bundesgesetzes, das gewisse Auswirkungen auf Nordrhein-

Westfalen habe – man spreche jährlich über Mittel in Höhe von über 400 Millionen Euro –, im Hopplahopp-Verfahren zu machen, ohne dass man sich intensiv hätte vorbereiten können und Fragen stellen können, das sei beim besten Willen ein unglückliches Vorgehen.

Bei der anderen Vorlage sei es eher um Verwaltungsfragen gegangen. Hier sei ein Kernbereich der politischen Auseinandersetzung Nordrhein-Westfalens berührt. Das könne man nicht innerhalb von 20 Stunden mal eben über die Rampe schieben.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann meint, sie könne die Bedenken nachvollziehen. Nun habe der Ausschuss vier Wochen Zeit, um dieser Vereinbarung zuzustimmen. Heute sei die letzte Sitzung vor der Sommerpause. Es gebe die Möglichkeit, dass man noch eine Sondersitzung vor dem Plenum mache, um darüber abzustimmen. Die andere Möglichkeit sei, das mit Mehrheit jetzt abzustimmen.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) meint, es sei natürlich nicht ihre Aufgabe, die Sitzungsplanung vorzunehmen. Es tue ihr leid, dass die Vereinbarung den Ausschuss so spät erreicht habe. Sie habe Verständnis für die Kritik und auch dafür, dass der Ausschuss Zeit brauche, um sich das anschauen zu können.

Jens Kamieth (CDU) hat Verständnis für den Unmut bei der SPD. Er sei persönlich auch irritiert. Er habe gedacht, wenn so ein Punkt unter Verschiedenes auftauche, sei das etwas, was der Ausschuss zur Kenntnis bekomme, wozu man vielleicht eine parlamentarische Initiative oder einen Berichtswunsch vorbringen könne. Üblicherweise stimme man unter Verschiedenes nicht ab. Er wisse nicht, ob man jetzt eine Sondersitzung machen sollte. Er habe damit gerechnet, dass das administratives Handeln sei, das im Vollzug sei, wo man keine Einflussmöglichkeiten habe. Das hätte doch auch ein normaler TOP sein können.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann meint, Problem sei, dass die Vorlage für die Anmeldung eines TOPs zu spät gekommen sei. In Rücksprache mit Herrn Jörg sei entschieden worden, diesen Punkt unter Verschiedenes aufzunehmen. Es müsse auch nicht abgestimmt werden. Wenn der Ausschuss das Ganze heute nicht zur Kenntnis nehmen wolle, müsse man eine Sondersitzung vor den Sommerferien anberaumen. Es gebe nur vier Wochen, um der Vereinbarung zuzustimmen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) fände es vernünftig, sich vielleicht am Plenarf Freitag, 9:30 Uhr zusammzusetzen, damit man noch einmal Fragen stellen könne. Das werde man auch in einer halben Stunde hinbekommen. Die parlamentarische Möglichkeit, vielleicht auch noch einmal kritisch nachzufragen, wolle sich seine Fraktion nicht nehmen lassen.

Stellv. Vorsitzende Eileen Woestmann hält fest, das Ausschussesekretariat werde mit den Sprechern den genauen Sitzungstermin abstimmen.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend
16. Sitzung (öffentlich)

11.05.2023
sd-meg

Jens Kamieth (CDU) bittet, die Sondersitzung in Fraktionsstärke durchzuführen. – Der Ausschuss ist einverstanden.

Der Ausschuss kommt überein, den Entwurf des Änderungsvertrages in einer zusätzlichen Sitzung in der kommenden Plenarwoche zu beraten.

gez. Eileen Woestmann
stellv. Vorsitzende

Anlagen

20.07.2023/01.08.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg MdL
- per E-Mail -

DENNIS MAELZER
Familienpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2158
F 0211.884-3185
EMail dennis.maelzer@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

27.04.2023

Beantragung von TOPs für die Sitzung am 11.05.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende Berichtspunkte für die kommende Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 11. Mai 2023:

1. Vor verschlossenen Türen – Personalmangel und Kita-Schließungen

Am 21.03.2023 schreiben die Ruhr Nachrichten: „Etwa jede zehnte der rund 10.700 Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen musste im vergangenen Monat wegen Personalmangels ihre Angebote teils drastisch einschränken.“ Für Kinder und Familien bedeutet dies eine große Belastung, aber auch für die Beschäftigten in den Einrichtungen ist diese Situation nicht befriedigend.

Wir bitten die Landesregierung um die Darstellung der Kita-Schließungen auch der Teilschließungen seit Januar 2022 und der aktuellen Situation im laufenden Kalenderjahr. Wir bitten hier um eine Aufschlüsselung der Schließungen nach Voll- und Teilschließungen, Zugehörigkeit zum Landesjugendamt und Kommune und Länge der jeweiligen Schließung.

Wir bitten die Landesregierung um die Darstellung von Lösungen und Angeboten an Eltern und Kinder, um fehlende Bildung und Betreuung zu kompensieren. Welche Auswirkungen hat der Personalmangel auf das kommende Kita-Jahr und die Vergabe von Kita-Plätzen an Kinder in NRW?

Wie kann das pädagogische Personal entlastet werden? Was plant die Landesregierung zur Förderung der Gesundheit von Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



2. Ene Mene, Muh und wo hilfts du? - Fortsetzung Kita-Helferprogramm

In den sozialen Netzwerken fragen sich die Beschäftigten in den Kitas in NRW, wann die Fortsetzung des Kita-Helferprogramms verkündet wird. Sucht man auf den Seiten des MKJFGFI, so findet man die Nachricht, dass das Programm bis zum 31.07.2023 fortgesetzt wird. Interessierte können sich auf der Seite ich-helfe-mit.nrw bewerben. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung, wann ein neuer Sachstand verkündet wird. Wird das Kita-Helferprogramm fortgesetzt, welche Voraussetzungen gelten für die Einstellung der Kräfte? Wann können die Träger die Verträge verlängern? Wie können die Kräfte im System gehalten werden?

3. Ohne Moos nix los – Sachstand Kindertagespflegepersonen in NRW

In der Kinderbetreuung sind Tagesmütter und – Väter eine wichtige Stütze für arbeitende Eltern. In Anbetracht des andauernden und wachsenden Mangels an Kitaplätzen in Nordrhein-Westfalen ist ihre Arbeit von zentraler gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. In Anbetracht dessen ist es besonders besorgniserregend, dass Schilderungen Betroffener zufolge die Bearbeitung von Bewilligungsanträgen für sowohl die eigentliche Entlohnung, wie auch die Kostenübernahme für Versicherungen etc. in vielen Jugendämtern 5-6 Monate dauern kann. In der Konsequenz müssen vielfach Tagespflegepersonen in finanzielle Vorleistung treten, bzw. gegen keine oder eine zu geringe Bezahlung Kinder betreuen, da die Bewilligung der Stundensätze bzw. der von Jugendämtern zu zahlenden Entgelte und Kostenübernahmen erst Monate später erfolgt. Das ist insbesondere in der derzeitigen Gemengelage mit drastisch gestiegenen Lebenshaltungs- und Energiekosten für viele kaum noch möglich. Diese prekäre Lage kann die Bereitstellung von Betreuungsplätzen auf Grund der einhergehenden finanziellen Unsicherheit für die Beschäftigten langfristig gefährden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen ausführlichen Bericht zur Situation der Tagespflegepersonen in Nordrhein-Westfalen: Sind der Landesregierung derartige Verzögerungen in Nordrhein-Westfalen bekannt? Wenn ja, in welchem Ausmaß? Wie ist die durchschnittliche Bearbeitungsdauer für Bewilligungsanträge für Tagespflegepersonen in NRW? Wie hat sich diese in den vergangenen 5 Jahren entwickelt? (ggf. hier ausdefinieren nach Jugendamtsbezirken?) Wie ist der Stand der Auszahlungen der angekündigten Sondermittel aus dem „Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut“ zur Abfederung von Energiekosten für das Kindergartenjahr 2022/2023? (Ggf. hier Aufschlüsselung nach Kita vs. Tagesmutter?) Wie plant die Landesregierung Jugendämter in diesem Bereich in den kommenden Jahren zu unterstützen? Mit welchen Maßnahmen plant die Landesregierung, die Tätigkeit als Tagespflegepersonal in Zukunft zu unterstützen und langfristig attraktiv zu gestalten?



Wir bitten die Landesregierung um schriftliche Berichte im Vorfeld der Sitzung und um die Anwesenheit der zuständigen Fachministerien in der Sitzung des Ausschusses am 11. Mai 2023.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dennis Maelzer